

W O R T P R O T O K O L L

der 36. Sitzung des Ausschusses für Inneres, Bau und Digitalisierung
am Donnerstag, dem 4. Mai 2023, 9:02 Uhr,
Schwerin, Schloss, Plenarsaal

Vorsitz: Abg. Ralf Mucha

EINZIGER PUNKT DER TAGESORDNUNG

Öffentliche Anhörung zum
Antrag der Fraktion der CDU

Sonderurlaub für Polizeibeschäftigte der Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern im Ermittlungsbereich der Kinderpornographie nach dem Vorbild Niedersachsens

- Drucksache 8/1363 -

hierzu

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 8/1400 -

Innenausschuss (f)
Finanzausschuss (m)

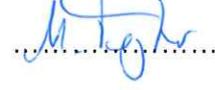
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
8. Wahlperiode
- Ausschuss für Inneres, Bau und Digitalisierung -

Anwesenheitsliste

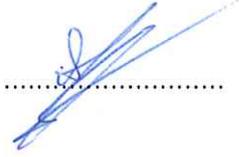
36. Sitzung am 4. Mai 2023, 9:00 Uhr,
Schwerin, Schloss, Plenarsaal

Vorsitzender: Abg. Ralf Mucha (SPD)
Stellv. Vors.: Abg. Jan-Phillip Tadsen (AfD)

1. Abgeordnete

Fraktion	Ordentliche Mitglieder		Stellvertretende Mitglieder	
	Name	Unterschrift	Name	Unterschrift
SPD	Albrecht, Rainer		Barlen, Julian
	Brade, Christian	da Cunha, Philipp
	Kaselitz, Dagmar		Miraß, Heiko
	Lange, Bernd		Stamer, Dirk
	Mucha, Ralf		Winter, Christian
	Tegtmeier, Martina	
AfD	Kramer, Nikolaus	Förster, Horst
	Tadsen, Jan-Phillip		Meister, Michael	
	Schneider, Jens-Holger
CDU	Reinhardt, Marc	Diener, Thomas
	von Allwörden, Ann-Christin		Ehlers, Sebastian
	Hoffmeister, Katy
	Liskow, Franz-Robert
	Peters, Daniel
DIE LINKE	Noetzel, Michael		Bruhn, Dirk
	Seiffert, Daniel

1. Abgeordnete

Fraktion	Ordentliche Mitglieder		Stellvertretende Mitglieder	
	Name	Unterschrift	Name	Unterschrift
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN				
	Oehrich, Constanze		Damm, Hannes
		Shepley, Anne
		Dr. Terpe, Harald
		Wegner, Jutta
FDP	Wulff, David		Becker-Hornickel, Barbara
			Domke, René
			Enseleit, Sabine
			van Baal, Sandy

Öffentliche Anhörung
des Ausschusses für Inneres, Bau und Digitalisierung
am 4. Mai 2023

zum Antrag der Fraktion der CDU
**Sonderurlaub für Polizeibeschäftigte der Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern
im Ermittlungsbereich der Kinderpornographie nach dem Vorbild Niedersachsens**

- Drucksache 8/1363 -

hierzu

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 8/1400 -

Anzuhörende	Name/Vorname (Druckschrift)	Unterschrift	Funktion
Landesamt für zentrale Aufgaben und Technik der Polizei, Brand- und Katastrophenschutz	Absage		
Deutsche Polizeigewerkschaft im DBB Landesverband M-V	Absage		
Kriminalpolizeiinspektion Anklam	HAACK, FALKE		
Landeskriminalamt M-V	Schröder Maik		Dezernatsleiter Cybercrime/ Inspektion KIP
Bund Deutscher Kriminalbeamter M-V	Gätker Stephan		
Bund Deutscher Kriminalbeamter Bundesverband	Absage		
Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen	<u>digital</u>		
Gewerkschaft der Polizei	Schumacher, Christian		

EINZIGER PUNKT DER TAGESORDNUNG

Öffentliche Anhörung zum
Antrag der Fraktion der CDU

Sonderurlaub für Polizeibeschäftigte der Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern im Ermittlungsbereich der Kinderpornografie nach dem Vorbild Niedersachsens

- Drucksache 8/1363 -

hierzu

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 8/1400 -

Vors. **Ralf Mucha**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße Sie alle ganz herzlich zur 36. Sitzung des Ausschusses für Inneres, Bau und Digitalisierung. Mit Schreiben vom 28. April 2023 hat die Fraktion der FDP die Erstellung eines Wortprotokolls für diese Sitzung beantragt. Wir werden dementsprechend verfahren. Bevor wir mit der Sitzung beginnen, möchte ich auf das Schreiben der Fraktion der FDP vom 18.04.2023 auf Ausschussdrucksache 8/341 hinweisen, mit dem die Öffentlichkeit der 36. Sitzung beantragt wird. Da diese Anhörung öffentlich ist, kann ich davon ausgehen, dass sich das Schreiben erledigt hat. – Herr Wulff.

Abg. **David Wulff**: Genau, für die Anhörung schon, für das, was danach folgt, müssen wir dann noch mal separat drüber reden.

Vors. **Ralf Mucha**: Genau. – Danke schön. Wir kommen nun zur Tagesordnung. Einziger Punkt der Tagesordnung ist die öffentliche Anhörung zum Antrag der Fraktion der CDU – Sonderurlaub Polizeibeschäftigte der Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern im Ermittlungsbereich der Kinderpornografie nach dem Vorbild Niedersachsens, dazu liegt Ihnen Drucksache 8/1363 vor, hierzu ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 8/1400. Hierzu liegen Ihnen folgende Ausschussdrucksachen vor: 8/345 und 8/349. Bevor wir nun mit der Anhörung beginnen, möchte ich darauf hinweisen, dass dies eine öffentliche Anhörung ist. Es ist den Zuschauern jedoch nicht gestattet, Beifall oder Missfallen zu äußern. Ich bitte darum, sich entsprechend zu verhalten. Ich begrüße ganz herzlich alle Gäste und Anzuhörenden. Ganz besonders danke ich den Anzuhörenden, dass Sie es ermöglicht haben,

uns heute hier, ob im Plenarsaal oder digital zugeschaltet, für unsere Fragen zur Verfügung zu stehen. Ich möchte alle heutigen Teilnehmer bitten, immer ihr Mikrofon einzuschalten, wenn sie sprechen. Außerdem bitte ich Sie, Ihr Mikrofon stumm zu schalten, solange Sie keinen Redebeitrag leisten. Nun zum Ablauf der Sitzung: Zu Beginn erhält jeder Anzuhörende zunächst die Gelegenheit zu einem Eingangsreferat von etwa fünf Minuten. Ich werde dazu die Anzuhörenden nacheinander aufrufen. Anschließend werden wir in die Fragerunde für die Abgeordneten einsteigen, um im Gespräch noch Einzelheiten zu erörtern und bestimmten Fragen näher nachzugehen. Letzte Bitte von mir: Immer das Mikrofon einschalten, sowohl beim Referat als auch in der Debatte, weil dies erforderlich ist für die Protokollierung der Beiträge. Lassen Sie uns nun mit den Eingangsreferaten beginnen. Zunächst erteile ich das Wort Herrn Falko Haack von der KPI Anklam. – Herr Haack, Sie haben das Wort.

Falko Haack (Kriminalpolizeiinspektion Anklam): Schönen guten Morgen, sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender Herr Mucha! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Falko Haack mein Name, bis Dezember 2022 Leiter der Kriminalpolizeiinspektion Anklam, aktuell dort nicht in Amt und Würden. Es gehört hier auch her zu sagen, dass ich aktuell dort nicht tätig bin, sondern im Projekt Polizei 2030 beschäftigt bin, tut aber dem Inhalt nicht zur Abrede, da ich viele Jahre dort beschäftigt war. Vielen Dank für die Einladung des Ausschusses, hier zum Thema Stellung zu nehmen. Die schriftliche Stellungnahme ist den Abgeordneten zugegangen, die ich Anfang der Woche versandt habe. Die psychische Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiterinnen bei der Bekämpfung der Kinderpornografie wurden zurückliegend bereits dadurch anerkannt, dass eine Erschwerniszulage in Höhe von 100 Euro gewährt wurde. Darüber hinaus werden im Rahmen der Fürsorge zur Reflexion der beruflichen Tätigkeit Supervisionssitzungen im Team beziehungsweise in Einzelgesprächen durchgeführt, um diesen extremen Belastungen auch entgegenzuwirken. In diesen Sitzungen sollen auch weitere Hilfsangebote gegeben werden, aber auch Empfehlungen zu gesundheitsförderlichen Maßnahmen. Neben diesen Supervisionssitzungen ist es ein Selbstverständnis für jeden Vorgesetzten in diesem Bereich, mit den Mitarbeitern ständig im Gespräch zu sein. Dafür brauchen wir nicht extra Supervisionssitzungen, die sind gut, weil das professionelle Menschen tun, aber jeder Vorgesetzte führt regelmäßig, wöchentlich, täglich Gespräche, um den Belastungen auch konkret entgegenzuwirken und zu erkennen. Aus meiner Sicht als eingeladener Sachverständiger besteht aus

den vorgenannten Gründen kein extra Bedarf einer zusätzlichen Urlaubsgewährung neben einer Erschwerniszulage. Diese Erschwerniszulage plus eines weiteren Urlaubs wäre sozusagen ein sogenannter doppelter Ausgleich. Zur aktuellen Erschwerniszulagenverordnung möchte ich anmerken, dass weitere Mitarbeiter der Kriminalpolizeiinspektionen, wie beispielsweise Bürosachbearbeiterinnen, auch mit der Bekämpfung der Kinderpornografie in unmittelbarem Bezug stehen. So sind sie stetig gefordert, Banddiktate unserer Ermittler und Ermittlerinnen abzuschreiben beziehungsweise auch audiovisuelle Vernehmungen zu sichten und entsprechend zu dokumentieren, haben so auch direkten Bezug und erhalten keine Erschwerniszulage wie die Ermittlerinnen und Ermittler. Darüber hinaus haben wir in der Landespolizei und auch direkt in der KPI und ein oder zwei Büros weiter neben den KiPo-Sachbearbeitern weitere Mitarbeiter, die sich mit Sexualdelikten gegen Erwachsene beschäftigen, die Tötungsdelikte bearbeiten oder zwei Flure weiter die Kriminaldauerdienste, die fast täglich Todesermittlungsverfahren bearbeiten müssen, die zu Brandorten fahren, die noch frisch sind und giftigen Gasen ausgesetzt sind, auch Kapitaldelikte bearbeiten müssen und erhalten ebenfalls keine Erschwerniszulage. Eine weitere zusätzliche Anerkennung der Belastung im Bereich der Bekämpfung der Kinderpornografie durch Gewährung von Zusatzurlaub würde so zu einer weiteren Abgrenzung zu anderen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Landespolizei führen. Zum Thema Künstliche Intelligenz, das war auf dem einen Änderungsantrag noch ausgeführt, möchte ich sagen, dass die Verwendung von KI-basierter Software künftig natürlich Prozesse verkürzen und auch effizienter gestalten kann. Das ist natürlich verständlich. Ob KI aber perspektivisch die menschliche Sichtung von kinderpornografischem Material vollständig ersetzen kann, ist gegenwärtig, mit Stand heute, vor dem Hintergrund der erforderlichen menschlichen, strafrechtlichen Einschätzung und Beurteilung einzelner Tatumstände aus praktischen und rechtlichen Gesichtspunkten noch nicht abschätzbar beziehungsweise möglich. Ich habe ein Votum formuliert und habe natürlich auch mit unseren Mitarbeiterinnen und Kollegen dazu gesprochen, was wir dem Ausschuss raten könnten. Um den persönlichen Bedarf von Erholung für die betreffenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Bekämpfung der Kinderpornografie zu unterstützen, aber auch eine weitere Abgrenzung zu anderen Mitarbeitern, die ähnlich belastende Momente haben, nicht weiter auszuweiten, wäre es möglich, eine Wahlmöglichkeit zu unterbreiten, also den betroffenen Mitarbeitern zu sagen, du hast die Möglichkeit, die vorhin genannten

100 Euro Erschwerniszulage im Monat zu erhalten aufgrund deiner belastenden Tätigkeit oder du erhältst eine Anzahl von Tagen, die habe ich jetzt natürlich nicht berechnet, wie viel die 1.200 Euro umgerechnet wären in Tage, Zusatz- oder Sonderurlaub zu bekommen, um deine Belastung eben in Freizeit auszugleichen, Gesundheitsmaßnahmen durchzuführen, also die Empfehlungen, die in den Supervisionen vielleicht ausgesprochen werden, noch mal anders abzugelten. Also ein Entweder/Oder. Darüber hinaus sollten auch perspektivisch die Mittel zur Durchführung von Supervisionssitzungen gemäß unserer Verwaltungsvorschrift Prävention und Nachsorge zur Verfügung stehen. Nach meinem Kenntnisstand wurden in den Doppelhaushalt jetzt jeweils 75.000 Euro eingeplant. Wenn diese aufgebraucht sein sollten, wäre es natürlich wünschenswert aus unserer Sicht, dass diese komplikationslos auch aufgestockt werden können, damit dort kein Bruch entsteht und nicht wieder Monate oder Wochen gewartet werden muss, bis weiteres Geld zur Verfügung steht. Das Geld ist dort, die Supervisionssitzungen werden jetzt auch durchgeführt und angefangen gemäß der Verwaltungsvorschrift, und das ist auch der richtige Ansatz neben den Gesprächen mit den Vorgesetzten. – Vielen Dank!

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Herr Haack, für Ihre Ausführungen. Dann begrüße ich für das LKA Mecklenburg-Vorpommern den Dezernatsleiter für Cybercrime, Herrn Maik Schröder. – Herr Schröder, Sie haben das Wort.

Maik Schröder (Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern): Schönen guten Tag und schönen Dank für die Einladung. Sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzende Mucha! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Neben Dezernatsleiter Cybercrime, zur Erklärung vielleicht, gehört die Ansprechstelle Kinderpornografie ebenfalls zu meinem nachgeordneten Bereich. Wohlweislich hebe ich das aber ab von dem, was Herr Haack gerade sagte, dass wir im LKA ausschließlich die Ansprechstelle Kinderpornografie haben und nicht die Bereiche Ermittlung im Rahmen sexualisierter Gewalt und Tötungsdelikte gegen Erwachsene. Das ist in einer Kriminalpolizeiinspektion vermischt, nicht vermischt, aber die Leute sitzen in einem Bereich. Bei uns im LKA ist, wie gesagt, nur die Ansprechstelle Kinderpornografie, die sich ausschließlich mit der Bewertung von Material zur Kinder- und Jugendpornografie auseinandersetzt. Das Landeskriminalamt begrüßt es, dass der Landtag Mecklenburg-Vorpommern sich in einer Sitzung des Innenausschusses mit den besonderen Belastungen der Beschäftigten im

Bildungsbereich Kinder- und Jugendpornografie befasst. Und in diesem Zusammenhang verweisen wir zunächst auf die Ausführungen des Besuches des Innenausschusses 2019 im November im LKA, die dem einen oder anderen wahrscheinlich auch noch einprägsam in Erinnerung geblieben sind. Die Sachbearbeiter und Sachbearbeiterinnen im Ermittlungsbereich Kinder- und Jugendpornografie, in den Fachkommissariaten 1, die ich gerade erwähnte, der vier Kriminalpolizeiinspektionen sowie in der Ansprechstelle Kinder- und Jugendpornografie des LKA, welche arbeitstäglich Bild- und Videomaterial von Missbräuchen, von schweren sexuellen Missbräuchen an Kinder und Jugendlichen ansehen, bewerten und kategorisieren müssen, sind ohne Frage besonderen psychischen Belastungen ausgesetzt. Aus diesem Grund führe ich jetzt einmal auf, wie wir überhaupt zu den Mitarbeitern kommen, weil das in dem Gesamtkontext nicht unwesentlich ist. Es kommt zunächst auf die richtige Personalauswahl an, die eine wesentliche Rolle spielt. Die Beschäftigten im Deliktsbereich müssen eine hohe intrinsische Motivation mit sich bringen. Daher wird aufgrund der hohen psychischen Belastung, die der Bereich mit sich bringt, ausschließlich auf freiwillige Basis gesetzt. Der Sozialpsychologische Dienst der Landespolizei ist bei der Personalauswahl sowie beim Einstellungsprozess sowie auch bei den Einarbeitungsprozessen grundsätzlich eng mit eingebunden. Die Mitarbeiter in dem Deliktsbereich erhalten, wie bereits schon dargestellt, über die Erschwerniszulagenverordnung eine Erschwerniszulage in Höhe von 100 Euro, welche die starken psychischen Belastungen gerecht wird oder ausgleichen soll. Die Zulage stellt darüber hinaus auch ein Attraktivitätsmerkmal dar. Im Rahmen der dienstlichen Fürsorge werden in der Landespolizei, wie eben auch schon erwähnt, zur Reflexion der beruflichen Tätigkeit und der damit verbundenen dienstlichen Belastungen Supervisionsgespräche durchgeführt. Diese sind gemäß Verwaltungsvorschrift verpflichtend viermal jährlich vorgegeben und sie sind möglich als Gruppen-, Team- oder auch als Einzelgespräche. Sie werden mindestens einmal im Quartal angeboten und hierbei sollen gezielt Ressourcen der einzelnen Mitarbeiter, zum Beispiel zur Stressbewältigung, Stärkung der Teamarbeit, aber auch zur Findung von Maßnahmen von Eigen- und Fremdgefährdung beziehungsweise zum Vorgehen gegen bereits bestehende Gefährdungsmomente erfolgen. Im Rahmen der Supervision wird auch auf weitergehende Angebote innerhalb der Landespolizei, Lehrgänge Stressbewältigung als Beispiel, Stressprophylaxe oder Gesprächsangebote, separate oder gezielte Empfehlungen zu gesundheitsförderlichen Maßnahmen, mitgegeben. Bestandteil dieser Supervision ist auch, wie schon angeführt von Herrn Haack, die

Beratung des Vorgesetzten, der sowieso ohnehin schon, weil er in dem Deliktsbereich tätig ist mit Mitarbeitern, hochsensibilisiert ist, so auch ich. Aber der Supervisor bietet neben den Gruppen- und Einzelgesprächen auch Leitungssupervisionen an. Ich kann nur kurz für das LKA sprechen: In 2022 gab es zwei Gruppensupervisionen, eine Einzelsupervision, die jeder Mitarbeiter für sich, wenn er in einer bestimmten Belastungssituation ist, sich selber wählen kann, also den Termin vereinbaren kann und neben den vorgeplanten auch ein Einzelgespräch führen kann. Dann gab es eine Leitungssupervision mit meiner Leiterin Ansprechstelle Kinderpornografie und einer Mitarbeiterin und eine Supervision zu meiner Person, weil ich sie mir eingefordert habe. Und ich habe ein Gespräch mit dem Supervisor geführt, weil mich interessiert hat, wie die Situation der Mitarbeiter ist. Ein weiterer wesentlicher Punkt im Umgang mit dauerhafter psychischer Belastung umzugehen, ist der regelmäßige Erfahrungsaustausch mit anderen Beschäftigten. Neben dem Austausch auf Ebene der eigenen Dienststellen und dienststellenübergreifend werden dienststellenübergreifend gemeinsame Tagungen angeboten. Die nächste Tagung, eine zweitägige Tagung, aller Mitarbeiter aus dem Deliktsbereich wird es im September geben, sofern keine Terminverschiebung notwendig wird, wo sie zweitägig zusammensitzen, einmal konkret mit Schulung und Entlastung, aber auch mit Abendprogramm, wo ein Austausch unterhalb oder zwischen den Mitarbeitern möglich ist. Die Einführung von Sonder- und Zusatzurlaub könnte ein Element zum Ausgleich der besonderen psychischen Belastung im Deliktsbereich sein. Diese könnte Gelegenheit zum Innehalten und aktiven und passiven Anwenden von Entlastungs- und Belastungsstrategie bieten, ohne Frage. So könnte neben Anerkennung durch die Gewährung von Erschwerniszulagen den Mitarbeitern unmittelbar Zeit zur psychischen Gesunderhaltung gegeben werden. Aus Führungssicht muss ich dazu aber anführen, aufgrund der weiterhin ansteigenden Vorgangszahlen, ich sage nur mal beispielhafter Anstieg in fast allen Bereichen, sei es NCMEC-Vorgänge oder auch die Eigenfeststellung, sind um die 40 Prozent von 2021 zu 2022 gewesen und durch die bessere Vernetzung der internationalen Zusammenarbeit, zunehmende Bürgerhinweise, die diesen Anstieg bewirken, sowie immer größere Datenmengen, größere Datenträger, die ein Mehr an Auswertung erforderlich machen, würden die schon jetzt bereits vorhandenen Vorgangshalden bei einer alleinigen Einführung von Zusatzurlaub zu dem, wie es jetzt ist, nicht so einer wesentlichen Entlastung bei der Bearbeitung von Kinder- und Jugendpornografie führen. Bei den Beschäftigten macht diese Urlaubsgewährung, ohne damit einhergehende personelle Aufstockung

in den Ermittlungsbereichen, noch mehr ungesicherte Vorgänge beziehungsweise Datenmengen mit möglichen aktuellen Missbrauchsfällen erwarten, was wiederum die Gefahr einer verstärkten persönlichen Belastung mit sich bringt. Somit ist vielmehr bei der Gewährung von Sonder- und Zusatzurlaub auch eine Personalzuweisung notwendig. Ansonsten muss bei der Gewährung des Sonder- beziehungsweise Zusatzurlaubes eine Aufgabenverdichtung akzeptiert werden, welche sich ins Gegenteil verkehrt. Demnach müsste aus Sicht des Projektes DiSK im LKA neben einer möglichen Einführung von Sonder- beziehungsweise Zusatzurlaub zwingend auch die Schaffung weiterer Stellen zur Bearbeitung im Bereich Kinder- und Jugendpornografie erfolgen. Eine Evaluierung zur Wirksamkeit der Maßnahmen, wie Zahlung einer Erschwerniszulage, Supervision sowie der hiermit beabsichtigten Gewährung von Sonder- und Zusatzurlaub unter wissenschaftlicher Begleitung, wird angeregt. Dabei sollte einerseits die Auswirkung auf die Attraktivität der Dienstposten und die Auswirkung auf die psychische Gesunderhaltung andererseits untersucht werden. Wir zahlen die Erschwerniszulage. Wir sind im zweiten Jahr der Supervision und haben, also ich aus unserer Sicht oder aus meiner Sicht kann für meine Beschäftigten nicht sagen konkret, wie es bei wem wirkt, ich glaube tatsächlich, dass es auch bei jedem unterschiedlich ist. Auch wir haben im Bereich besprochen, welche Punkte, welche Maßnahmen zur Entlastung beitragen könnten. In dem Gesamtkontext, so wie Herr Haack es angeführt hat mit Sicht auf die gesamte Landespolizei, gilt es, dieses aber ganz wohl sich zu betrachten und nicht nur Einzelbereiche da zu sehen, sondern alle, die mit dem Deliktsfeld in Berührung kommen. Abschließend zur KI würde ich noch kurz sagen, also aus unserer Sicht eine softwarebasierte Unterstützung kann das Sichten von Material erleichtern, kann große Datenmengen vorsortieren, aber die wirklich inkriminierten Dateien mit Kinder- und Jugendpornografie müssen alle eigenhändig durchgesehen oder eigenständig gesichtet werden, weil sie kategorisiert werden müssen. Das heißt, eine psychische Entlastung wird auch eine KI nicht bringen. – Danke!

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Herr Schröder für Ihre Ausführungen. Dann begrüße ich für den Bund Deutscher Kriminalbeamter aus der Landesgeschäftsstelle Mecklenburg-Vorpommern Herrn Stephan Gäfke. Bevor ich Herrn Gäfke das Wort erteile, Herr Gäfke, gestatten Sie mir an dieser Stelle, Ihnen nachträglich ganz herzlich zum 40. Geburtstag zu gratulieren. – Herzlichen Glückwunsch!

Stephan Gäfke (Bund Deutscher Kriminalbeamter, Landesverband Mecklenburg-Vorpommern): Vielen Dank.

Vors. **Ralf Mucha**: Herr Gäfke, Sie haben das Wort.

Stephan Gäfke: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank für die Einladung und für die Möglichkeit, dass der Bund Deutscher Kriminalbeamter hier heute Stellung zu dem Antrag nehmen kann. Ich möchte zunächst ein paar einführende Worte zum Stand der Dinge in der Kriminalitätsbekämpfung im Bereich Kinderpornografie darlegen und möchte beginnen mit den Zahlen aus 2022. Dort hatten wir 646 Fälle wegen des Verdachts der Verbreitung von Kinderpornografie, die in M-V ermittelt wurden. Das sind knapp 27 Prozent mehr als 2021 und im dritten Jahr nacheinander ein Anstieg. Das basiert natürlich, wie schon von Herrn Schröder gesagt wurde, durch die NCMEC-Hinweise aus den Staaten. Die NCMEC-Hinweise stammen von Facebook, Instagram und anderen Providern, die an das NCMEC melden müssen und das NCMEC schaut dann, wo zeigt derjenige User hin, der da etwas Strafbares gemacht haben soll, und diese Hinweise bekommt dann das BKA und ordnet es dann den einzelnen Bundesländern zu. Und wir können in M-V hier auch einen Anstieg feststellen der Zahlen. Dadurch gibt es natürlich auch mehr Durchsuchungen, mehr sichergestellte Asservate, die ausgewertet werden müssen. Die Begegnung der Flut an Daten wird zum einen begegnet, indem externe IT-Forensik-Firmen beauftragt werden, weil die Polizei es gar nicht mehr schafft, diese ganzen Asservate aufzubereiten, die Beweise zu sichern und zu bewerten und es dauert viel zu lange, bis die Ergebnisse aus der Polizei heraus an die Ermittler wieder gelangen in Form von Ermittlungsberichten. Deswegen greift man auf diese externen IT-Dienstleister zu. Die KiPo verliert auch zunehmend an Attraktivität und das in vielen Bereichen. Ein kleines Beispiel soll hier genannt werden, und zwar die Auszahlung des Bewegungsgeldes von 15 Euro pro Monat soll jetzt intensiv geprüft werden, ob es dann pauschal ausgezahlt wird. Und wenn es an so kleinen Stellen schon hakt, dann überlegt man sich vielleicht auch in die Kriminalpolizei zu wechseln oder nicht. Auf Arbeitsebene hat sich in der Sachbearbeitung Kinderpornografie im Grunde genommen so gut wie nichts verändert an Arbeitserleichterung. Es gab zwar in den letzten Jahren viel Personalaufwuchs im LKA und auch in den KPI'n. Es wurden auch einzelne Rechner beschafft, die viel Power haben, aber die Steigerung der NCMEC-Zahlen neutralisieren diesen Aufwuchs

letztendlich wieder. Die beschaffte Technik durch die Haushaltsüberschüsse der 4 Millionen aus den letzten Jahren und der Rechnerbeschaffung haben zum Beispiel auch zur Anschaffung von 3D-Scannern in der KP Rostock geführt und anderer Technik, aber kommen halt auch selten zum Einsatz. Wir haben auch immer noch ein Hinweisportal, das nennt sich Netzverweis und ist immer noch online. Tatsächlich erzeugt eine große Halde von Hinweisen in der Ansprechstelle Kinderpornografie, die lange Zeit unbearbeitet bleiben, also erzeugt da natürlich auch einen Ermittlungsdruck. Und, ja, M-V soll immer noch die Welt retten tatsächlich und Weltpolizei spielen in dieser Richtung mit einem der kleinsten Landespolizeien, was den Personalkörper angeht, also total utopisch. Um die Mitarbeitenden nicht zu verschleißen, braucht es letztendlich auch eine schon lang angekündigte Hash-Datenbank, die in anderen Bundesländern schon längst läuft und zentral Hash-Werte an das BKA übermittelt zu Bild- und Videomaterial aus dem Kinderpornografiebereich. Hier wird seit 2015 in M-V angekündigt, dass das kommen soll und es ist immer noch nicht in Betrieb. Bereits beschaffte Server, die im LKA im Keller stehen und auch den Ermittlern im KiPo-Bereich helfen sollen, sind aber auch immer noch nicht im Einsatz, weil es ein IT-Sicherheitskonzept nicht gibt und die Auswertesoftware, die dort laufen soll, nicht beschafft wurde bisher. Dann gibt es natürlich auch polizeiintern Abwehrkämpfe zwischen einzelnen Behörden, LBPK, LKA und anderen, und natürlich auch langwierige Vergabeverfahren und extrem gestiegene Kosten von Software aus letzter Zeit. Für die Sonderurlaubsregelung, die, wenn sie denn kommen sollte und geregelt wird, empfehle ich, sie so konkret wie möglich zu formulieren. Die Anzahl der Urlaubstage sollte auch konkret dort drin stehen. Der Kreis der Berechtigten sollte so genau wie möglich festgelegt werden, weil es auch schon bei der Zulagenzahlung interne Konflikte gab und Neiddebatten in der Polizei, die dann auch Interpretationsspielräume von Vorgesetzten verursacht haben. Wer bearbeitet KiPo, wer hat wie viel davon bearbeitet und wer hat vielleicht nur zwei, drei Fälle im Monat bearbeitet? Der kriegt es dann wieder nicht. Solche Diskussionen entstehen dann auch in der Polizei bei dieser Auszahlung. Aus Niedersachsen war zum Beispiel auch die Rede von einem gewissen Stundenansatz, für den dann der Sonderurlaub gelten soll. Also alles ziemlich schwierig. Und da sollte man so konkret wie möglich formulieren, wenn es dann in einer Verordnung stehen soll. Die Beschäftigten, die sich mit Kinderpornografie auseinandersetzen, sind nach unserer Meinung die Sachbearbeiter in der Ansprechstelle Kinderpornografie, dann die Kollegen aus dem Fachkommissariat 1 der KPI'n und auch die IT-Forensiker, die Paragraph 16er,

die im LKA die forensische Aufbereitung dieser Daten machen, das auch sichten müssen und bewerten müssen und Berichte schreiben dazu, und die Kollegen aus den Fachkommissariaten 6 der KPI'n natürlich auch, weil die werten auch Handys und Rechner-technik aus. Und man sollte auch nicht nur die Beamten berücksichtigen, sondern wir haben auch in dem Bereich Angestellte, die natürlich durch so eine Sonderurlaubsverordnung hinten runterfallen würden, weil die da vielleicht gar nicht erst genannt werden. Ja, wir haben auch so ein bisschen das Ohr an die Masse gelegt und die Mitglieder befragt, was denn für Argumente im Raum der Kollegen da sind. Und da wurde zum einen genannt, dass man Zeit zum Abschalten braucht, den Energiespeicher wieder auffüllen muss. Je weniger Ablenkung man hat durch fehlenden Sonderurlaub, desto mehr nimmt man natürlich von dem ganzen Mist mit nach Hause. Man hat psychische Belastungen und Burnout-Risikofälle. Sport ist auch ein wichtiger Faktor, der natürlich auch den Kopf freimacht. Hier könnte man vielleicht auch noch einmal überlegen, vielleicht in diesem Bereich so ein bisschen aufzustoßen, was die Kinderpornografie-Sachbearbeiter angeht. Durch die Vielzahl der Durchsuchungen und unregelmäßigen Arbeitszeiten kommt es zu Dienstbeginn weit vor 5:00 Uhr. Und bei den Landkreisen, die wir momentan haben, wir haben den zweitgrößten Landkreis hier in M-V, Landkreis Ludwigslust-Parchim, sind die Anreisezeiten zu Durchsuchungen natürlich auch extrem lange. Viele Beschuldigte werden auch gar nicht vor Ort um 6:00 Uhr angetroffen, sodass man regelmäßig auch nach 21:00 Uhr erst Dienstschluss hat, weil erst in den Abendstunden durchsucht werden kann. Schwere Missbräuche bis ins Säuglingsalter hinein, bestialische Folterszenen und Kindestötungen sind natürlich Tagesprogramm bei diesen Kollegen hier, die das auswerten müssen. Letztendlich geht es um die Gesunderhaltung der Psyche bei diesen Kollegen. Ich habe auch noch einmal einige Zitate, um das ganze Bild noch mal so ein bisschen abzurunden, mitgebracht von Kollegen und möchte die gerne mal vorlesen. Hier schreibt zum Beispiel ein Kollege: Mit Dienstende ist man nicht frei von den Erinnerungen an das Gesehene. Viele Bilder und Szenen bewegt man im Privaten noch viele Tage, einige verarbeitet man schneller und andere brauchen mehr Zeit, bis sie verarbeitet wurden. Die Belastung durch das Gesehene/Gehörte ist noch einmal spezieller als in anderen Fachrichtungen. Wir sind am Wochenende, Feiertag, Freitag nach Feierabend nicht so einfach im Erholungsmodus wie andere Kollegen oder Kolleginnen. Im Bereich der Bekämpfung der Kinderpornografie, schreibt ein weiterer Kollege, ist die Anzahl der umzusetzenden Durchsuchungsbeschlüsse ebenfalls erheblich gestiegen, sodass die Kollegen

neben dem normalen Tagesgeschäft und den ad hoc-Einsätzen in den FK 1, dort wo auch Sexualdelikte bearbeitet werden, keine Seltenheit. Eine zusätzliche Belastung zumeist mit dem Dienstbeginn in den frühen Morgenstunden, weit vor 6:00 Uhr, erleben wir. Eine Erholung der enormen Beanspruchung durch die Gewährung von Sonderurlaub wäre eine Möglichkeit, diese psychischen und physischen Belastungen auszugleichen. Das letzte Zitat, damit möchte ich dann auch meinen Beitrag hier beenden: Mein wichtigster Punkt wäre, dass die Sachbearbeiter im Kinderpornografiebereich gehegt und gepflegt werden, damit sie gesundheitlich fit bleiben und die Stelle möglichst lange besetzt wird. Da die Erfahrung gezeigt hat, dass die alteingesessenen Sachbearbeiter so wichtig sind und es außerdem schwer ist, neue motivierte Nachfolger zu finden. – Danke schön!

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Herr Gäfke, für Ihre Ausführungen. Online zugeschaltet ist uns der Direktor des Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen, Herr Ingo Wunsch. – Herr Wunsch, Sie haben das Wort. Herr Wunsch, wir können Sie leider nicht hören. Ihr Mikro müsste mal angemacht werden.

Ingo Wunsch (Direktor des Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen): Können Sie mich so hören?

Vors. **Ralf Mucha**: Jetzt können wir Sie hören.

Ingo Wunsch: Perfekt, dann ist das der andere Mikroschalter. Also, sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Vielen Dank für die Einladung, auch bei Ihnen sprechen zu können. Die Stellungnahme von mir ist Ihnen ja bereits zugegangen. Ich würde gerne so ein bisschen in Lücken springen meiner drei Vorredner, die vieles auch erschlagen haben, was natürlich, und das wird Sie nicht wundern, auch in Nordrheinwestfalen eine Rolle spielt. Anfangen möchte ich damit, wir zahlen in Nordrhein-Westfalen eine Zulage in Höhe von 300 Euro an die Kolleginnen und Kollegen, die sich mit Missbrauchsdarstellungen befassen müssen. Das haben wir eingeführt mit großer Überzeugung und zwar ausdrücklich, das sage ich nicht aus Gründen der Wertschätzung, sondern das ist eine Erschwerniszulage. Die soll das ausgleichen, was die Kolleginnen und Kollegen an Belastungen tagtäglich in diesem Themenfeld mit sich nehmen müssen. Darauf eingehen möchte ich auch ganz kurz, was der Kollege Haack

gesagt hat, wir müssen uns immer ein bisschen auch im Spannungsfeld dazu sehen, dass wir tatsächlich Kolleginnen und Kollegen in anderen Dienstbereichen haben, die auch sich mit schrecklichen Dingen tagtäglich befassen müssen, Mordkommission et cetera. Hinzufügen möchte ich noch das Themenfeld Völkerstrafrecht, was wir sehr intensiv gerade hier bei mir im Haus bewegen. Völkerstrafrecht, das sind Enthauptungsvideos, das sind Aspekte, wo Menschen schildern, wie sie gefoltert worden sind, wie sie Folterszenen mitbekommen haben, was auch bei den Kolleginnen und Kollegen zu großen Belastungen führt. Von daher muss man immer auch den Bereich Belastungen der Kolleginnen und Kollegen im Bereich von Missbrauchsdarstellungen auch im Kontext anderer belastender Tätigkeiten der Polizei stellen. Bislang haben wir dort keine Erschwerniszulagen, sondern die Erschwerniszulagen liegen bei uns im Bereich der Missbrauchsdarstellung. Wir sind davon überzeugt, dass das bis dato noch auch so richtig ist, weil die Dichte der Belastungsmomente, die man in diesem Phänomenbereich tagtäglich ertragen muss, deutlich größer ist noch mal als in den anderen Bereichen. Wir haben keinen Sonderurlaub in Nordrhein-Westfalen eingeführt. Es ist zweimal vorgedacht worden in zwei Zeiten. Wir sind der festen Überzeugung, dass mehr frei nicht entlastend für die Kolleginnen und Kollegen wirkt, einfach deshalb auch, weil man einfach konstatieren muss, dass durch die steigenden Fallzahlen der Mehrdienstaufwand für Kolleginnen und Kollegen steigt. Und wir sind froh, wenn wir es hinkriegen, dass die Kolleginnen und Kollegen sich den aufgebauten Mehrdienst auch durch Freizeitausgleich wieder zurückholen können. Und zusätzlicher Sonderurlaub wäre für die sehr schwer zu verpacken und würde in dem ganzen Kontext mehr Dienst und zusätzliche Lasten ein Stück weit verpuffen. Von daher haben wir davon Abstand genommen, das zu tun. Auch das Argument, was der Kollege vom LKA eben gebracht hat, zu sagen, dass wir natürlich mit mehr Freizeitausgleich durch Kolleginnen und Kollegen gleichzeitig die Arbeitsdichte für die anderen Kolleginnen und Kollegen anheben, wäre das im Ergebnis möglicherweise eine Milchmädchenrechnung. Psychosoziale Unterstützung, das ist eigentlich für mich eines der Key-Wörter in dem ganzen Bereich. Wir haben eine hohe Verantwortung, die fängt auch bei Ihnen an und die nehmen Sie ja mit dieser Anhörung auch wahr, worüber ich mich sehr freue, dass wir auf die Menschen aufpassen müssen, die diesen Themenbereich bewegen und sich mit diesen schrecklichen, jeden Tag allschrecklichen Bildern und Videos, Chatverläufen und so weiter befassen müssen. Es geht darum, dass wir nicht nur Menschen für dieses Themenfeld gewinnen. Wir können ja keinen hineinzwingen, sondern dass wir

sie auch in diesem Themenfeld halten können, und zwar gesund halten können bis zu einem Punkt, wo der Kollege oder die Kollegin sagt, jetzt ist Schluss, ich muss mich mal verändern. Die Polizei gibt das ja her, das ist ja auch sehr positiv. Also deswegen psychosoziale Unterstützung, die ganzen Stichwörter sind genannt worden, was Supervision angeht, was Führungsverhalten natürlich angeht, was der Austausch in einer sozialen Gruppe, also in einem Sachgebiet der Organisationseinheit, also stattfindet. Das ist ein ganz, ganz wichtiger Punkt, den darf man nicht vernachlässigen. Da sage ich auch sehr deutlich, da darf es nicht an Geld mangeln, auf gar keinen Fall. Wir haben Supervisionen im Übrigen in Nordrhein-Westfalen als Verpflichtung eingeführt. Sie ist nicht freiwillig, sondern die Verpflichtung ist, einmal im Jahr eine solche Supervision zu machen, weil wir uns auch gesagt haben, dass der Kollege, die Kollegin, die für sich sagt, ich brauche das nicht, vielleicht am ehesten der Kollege oder die Kollegin ist, dies braucht. Also ein ganz wichtiger Punkt, wir haben in Nordrhein-Westfalen im Landeskriminalamt einen sehr starken und sehr guten Draht zur Polizeiseelsorge. Wir haben einen Kollegen der Polizeiseelsorge, der auch sehr intensiv genau sich hier bei mir um die Zentralstelle, die ZAST, die sich mit dem Themenfeld befasst, im LKA kümmert, sehr oft dort unterwegs ist, auch anders unabhängig unterwegs ist, um einfach ins Gespräch zu kommen, um Signale aufzunehmen. Auch das Spielfeld Polizeiseelsorge kann ich in diesem Kontext ausdrücklich nur bewerben. Ein weiterer Schritt, den wir gerade in Nordrhein-Westfalen prüfen, sind Kuren. Wir haben für den Schichtdienst, für den Wachenwechsel Sportkuren, das dient auch zur Entlastung aus dem Schichtdienststress heraus, prüfen wir derzeit die Kuren in Nordrhein-Westfalen, inwieweit wir für psychisch belastende Tätigkeiten der Polizei NRW auch Kuren anbieten können. Das ist ein Schritt, der natürlich auch dahingehend geprüft werden muss, dass es zum einen um Polizeivollzugsbeamte und -beamtinnen geht, aber zum anderen wir sehr viele Tarifbeschäftigte in dem Bereich haben. Und bei Tarifbeschäftigten ist ja dann die Rechtsgrundlage und die ausführende Grundlage für Kuren eine andere. Und das wollen wir natürlich, wenn es denn geht, harmonisieren. In diesem Zusammenhang kann ich auch sagen, dass die Zulagen nicht nur an Polizeivollzugsbeamte bezahlt werden, sondern natürlich auch an Tarifbeschäftigte, die in diesem Themenfeld unterwegs sind. Das ist also auch harmonisiert worden, was natürlich ganz wichtig ist, weil wir da keine Zweiklassengesellschaft haben wollen. Tarifbeschäftigte sind minimum genauso belastet wie Polizeivollzugsbeamte und -beamtinnen in diesem Themenfeld. Der dritte Punkt ist, dass es auch schon angesprochen worden, den halten

wir für enorm wichtig, das ist Führung. Wir brauchen in diesem Bereich eine sehr menschenzugewandte Führung, eine sehr sensible Führung, natürlich mit einem hohen Fachanteil und einer Fachexpertise auch, die sich angeeignet werden muss durch Führung. Aber letztendlich geht es in allererster Linie darum, ein Gespür für Menschen zu haben. Wir haben hier in der Zentralstelle bei mir im Landeskriminalamt derzeit knapp 90 Menschen, die in dem Themenfeld arbeiten. Es waren 2019 12, wird Sie nicht wundern, nachdem die Aufwüchse in NRW gewesen sind und auch, was die Lasten dazu sind. Und es geht darum, dass man diese 90 Menschen auch individuell betrachten muss, dass man sie sehr stark und sehr intensiv im Blick haben muss, also auch eine wirklich eingeschränkte Führungsspanne, die wir gerade noch mal reduzieren. Sie war mir deutlich zu hoch hier im Haus, sodass wir ein weiteres Sachgebiet aufgemacht haben, um schlicht und einfach die Führungsspanne für die Menschenführung der Führungskraft deutlich zu verringern. Was belastet so die Kolleginnen und Kollegen am meisten? Das sind auch so die Nachfragen, die wir hier im Haus führen, ich auch selber. Zum einen ist es natürlich das Material, das ist gar keine Frage, sich Bilder und Videos anzuschauen. Innerhalb von Bildern und Videos gibt es noch mal die Steigerung in Richtung Videos, nämlich, wenn mit Tönen hinterlegt ist, mit Schreien von Säuglingen und Ähnlichem. Das ist das, was die Kolleginnen und Kollegen sagen, eben auch die Schreie zu hören und die Reaktion zu hören oder wenn eine scheinbar Sechsjährige zu einem Vergewaltiger sagt, du musst mir die Beine nicht auseinanderdrücken, ich weiß genau selber, wie das geht oder eine Sechsjährige stöhnt wie eine erwachsene Frau, was absolut untypisch ist. Das sind ganz verstörende Momente für die Kolleginnen und Kollegen, weil sie überhaupt nicht in unsere Realität hineinpassen, aber leider Realität sind ausdrücklich. Das Zweite sind Chats, Chats, wo Menschen sich in einer Art und Weise über Opfer, über Kinder unterhalten, was außerhalb jeder Menschlichkeit steht. Kinder werden zu einem reinen Objekt degradiert und die Hoheit über dieses Objekt wird gesprochen bis hin zu dem Punkt, dass sich dann Väter über ihre eigenen Kinder unterhalten und dem Chatpartner mitteilen, wie man das eigene Kind an ein Ejakulat heranführt, indem man den Brei morgens mit einem Löffel versieht, wo Ejakulat drauf ist, damit das Kind sich an den Geschmack gewöhnen kann. Das sind Chatverläufe, die die Kollegen lesen müssen, die natürlich auch wirklich verstörend sind und den Kolleginnen und Kollegen zu schaffen machen. Ein dritter Punkt, der dazu kommt, das ist eben auch schon angerissen worden, das sind die Lasten, und zwar die steigenden Lasten, einmal die Lasten der Fallzahlen an sich und zum

Zweiten die Lasten über digitale Daten, die in einer Art und Weise exponentiell zunehmen. Das ist einfach den Speichermöglichkeiten geschuldet und dass man weltweit in Echtzeit, egal wohin, Bilder hin verbreiten kann, tauschen kann, was auch immer. Das heißt einmal der Anstieg der Fallzahlen und zum Zweiten die Zunahme, die unglaubliche Zunahme an digitalen Datenmengen, die in irgendeiner Form gesichtet werden müssen. Bei diesen Lasten will ich darauf hinweisen, dass wir in der AG Kripo und letztendlich ja auch schon im AG 2 das zum Thema gemacht haben. Und Holger Münch als Präsident des BKA hat im Einvernehmen mit uns darauf hingewiesen, dass wir über europäische Initiativen, die ich ausdrücklich inhaltlich und fachlich begrüße, aber damit rechnen müssen, dass wir in den nächsten Jahren jährlich über 1 Millionen Hinweise auf Missbrauchsdarstellungen nach Deutschland hin bekommen werden. Und ich sage mal Nordrhein-Westfalen, Königsteiner Schlüssel, 250.000 möglicherweise Hinweise pro Jahr, sind wir derzeit wirklich am Überlegen, wie wir die verarbeiten können und bearbeiten können. Diese Lasten liegen aber bei den Kolleginnen und Kollegen, was den auch wirklich zu schaffen macht, weil die Kolleginnen und Kollegen, die dieses Themenfeld bearbeiten, machen es mit Hingabe und aus einem Grund heraus, das ist immer wieder, was sie formulieren, wenn ich mit ihnen spreche, wir machen das, um Kinder aus ihren Schreckenssituationen herauszuholen. Und wenn ich ein Kind heraushole, dann weiß ich, wofür ich das den ganzen Tag hier machen muss. Wenn die sich aber umdrehen und sehen hinter sich jetzt einen Berg von Akten liegen und haben vorne einen Vorgang liegen und wissen, es wird nicht besser, es wird immer mehr, es hört nicht auf und ich kann auch nicht ausschließen, dass in dem Berg hinter mir möglicherweise ein andauernder sexueller Missbrauch läuft, dann macht das was mit Menschen. Und darauf muss man achten. Deshalb ist auch meine klare Philosophie und Formulierung den Kollegen gegenüber – und das hat was mit Führungsverantwortung zu tun –, dass Kolleginnen und Kollegen eine Mitverantwortung nur für den Vorgang haben, den sie bearbeiten. Für die Lasten, die hinter ihnen liegen, trägt die Organisation Polizei und letztendlich auch die Politik des Landes die Verantwortung. Nächster Punkt ist, der mir sehr wichtig ist, Arbeitsumfeld für die Kollegen und Kolleginnen. Wir haben das so formuliert in Nordrhein-Westfalen, wir müssen die Menschen aus den, jetzt mal bildlich gesprochen, Kellerräumen herausbringen und müssen sie an die Sonne bringen. Man muss sich – und das kann ich nur empfehlen, das ist auch Führungsaufgabe aller Behördenleiter in Nordrhein-Westfalen – sich die Räumlichkeiten wirklich mal selber anschauen, wo die Kollegen arbeiten, a) was sind das für

Räumlichkeiten. Also es muss wirklich nicht das dunkle Kellerloch sein. Wie sind die Räume ausgestaltet? Sind sie freundlich ausgestaltet, damit man sich auch drin wohlfühlen kann? Das klingt jetzt alles so ein bisschen komisch, aber das gehört definitiv mit dazu. Also wie sieht das Arbeitsumfeld der Leute aus, die sich täglich auf dem Bildschirm mit so einem Wahnsinn befassen müssen? Und wenn sie vom Bildschirm wegkommen, dann sollen sie vielleicht auch so ein Stück weit mehr, sage ich mal, ein Lächeln aufs Gesicht gezaubert kriegen, weil sie in die Sonne gucken. Daran arbeiten wir intensiv. Dritter und letzter Punkt ist noch zudem, worauf wir intensiv achten, das wurde auch schon angesprochen, das ist natürlich KI. Ich bitte ausdrücklich darum, dass man KI nicht als Allheilmittel betrachtet und glaubt, dass man den ganzen schrecklichen Wahnsinn an Daten in eine Maschine KI hineinschmeißt und hinten heraus kommt das richtig und zubereitet für die Justiz raus, alles ist fertig. Das ist nämlich gar nicht so. KI ist ein unterstützendes Moment. KI hilft uns, Daten zu selektieren und zu reduzieren und zwar auf das hin, was immer auch der Mensch sich angucken muss. Und es ist eben auch schon gesagt worden, das Bild an sich muss sich der Mensch anschauen, es geht gar nicht anders. Und im Übrigen weise ich auch noch mal ausdrücklich darauf hin, ich nenne es mal Referenzbilder, wenn wir ein Täter oder ein Opfer haben, was unbekannt ist, dann suchen wir auch in dem weiteren Bildmaterial, was nicht inkriminiert ist, nach weiteren Hinweisen zur Identifizierung. Das können Bilder sein aus dem Freizeitpark, ganz normal, das können Bilder sein vor der Haustür und Ähnliches. Darüber haben wir sehr viele Identifizierungserfolge erzielt, dass wir eben Kinder über sogenannte Referenzbilder dann identifizieren konnten, weil sie eben dann ganz normal vor der Haustür standen und dahinter stand ein Auto mit einem Kennzeichen und man hatte einen Ermittlungsansatz. Von daher muss man auch damit ein Stück weit aufräumen, zu sagen, wir müssen uns nur die inkriminierten Materialien angucken. Nein, wenn wir Menschen, also Täter und vor allem Opfer, identifizieren wollen, dann brauchen wir auch dies nicht inkriminierte Bildmaterial, um darüber möglicherweise Identifizierungsansätze zu finden. Und das kann KI in Gänze und darf KI auch nicht leisten, weil im Ergebnis muss hinter einer solchen Entscheidung immer der Mensch stehen. Was empfehle ich? Ich empfehle erst mal ausdrücklich, sich um die Menschen intensiv zu kümmern, daran darf das nicht scheitern, und da auch kreative neue Wege zu gehen. Wir koppeln das hier bei mir im Haus im Landeskriminalamt auch ans Arbeitsumfeld. Die komplette vierte Etage des Hauses bei mir wird umgebaut, wird deutlich freundlicher gestaltet und es wird in diesen Bereichen auch

Räume geben, sogenannte Rückzugsräume, Supervisionsräume. Auch das klingt vielleicht jetzt wirklich so ein bisschen komisch, aber wir denken gerne kreativ und frech nach vorne. Da kommt auch ein Raum rein, da ist auch ein Sportgerät drin, da ist auch ein Boxsack drin. Es gibt einen Raum, wo man sich einfach hinsetzen kann und einfach ein Buch lesen kann in so einer ansprechenden Umgebung, sodass wir weg vom eigentlich Sonderurlaubstag sagen, da wo man mal über eine Situation stolpert, und die kann bei den Kolleginnen und Kollegen minütlich sein, wo man sagt, ich brauche jetzt gerade echt meine Auszeit, also das war jetzt zu viel für mich gerade, das triggert mich, dass man dann den Ausgleich, sag ich mal, aus dem Büro heraus in die nächste Räumlichkeit geht und dort einen Entspannungsmoment findet, wie auch eine gemeinsame große Teeküche. Und zuletzt natürlich, ich habe es gesagt, in Technik muss investiert werden, es muss kollaboratives Arbeiten möglich sein, es muss an KI gearbeitet werden, um die Unterstützungsprozesse weiter auszubauen und zu verbessern. Es ist eine Menge zu tun. Und gerade bei der Technik sage ich sehr deutlich, es kostet sehr, sehr viel Geld, es wird auch nicht billiger. Unsere Nachfrage als Polizei führt natürlich dazu, dass das Angebot teurer wird, aber darauf kann man im Ergebnis nicht verzichten, insbesondere im Hinblick darauf, dass ich gesagt habe, mit welchen Mengen wir künftig zu rechnen haben in diesem Bereich, und dem werden wir nur Herr werden können, wenn neben Menschen insbesondere auch ein Technikaufwuchs, so drücke ich es mal aus, damit einhergeht. – Vielen Dank!

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Herr Wunsch für Ihre Ausführungen. Dann begrüße ich Herrn Christian Schumacher, den Vertreter der Gewerkschaft der Polizei. – Herr Schumacher, Sie haben das Wort.

Christian Schumacher (Gewerkschaft der Polizei Mecklenburg-Vorpommern): Danke, Herr Vorsitzender. Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Werte Gäste! Als Gewerkschaft der Polizei bedanken wir uns ausdrücklich dafür, nicht nur dafür, dass wir hier eine Stellungnahme abgeben dürfen, sondern dass sich der Landtag und der Innenausschuss dieses Themas annimmt. Arbeitsschutz ist Arbeitgeberaufgabe und die Beschäftigten der Polizei sind Beschäftigte des Landes. Und das ist Ihre Aufgabe als Abgeordnete, als Parlamentarier, als Arbeitgeber im weitesten Sinne, die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Kolleginnen und Kollegen vor Ort gut arbeiten können. Ich weiß, das hat Herr Schröder schon angesprochen, dass

einige aus ihrer parlamentarischen Tätigkeit, einige aus ihrer beruflichen Tätigkeit durchaus Erfahrungen haben, was die Kolleginnen und Kollegen dort im Bereich der Kinderpornografie erleben müssen. Ich danke auch ausdrücklich Herrn Wunsch dafür, wie plastisch er noch mal dargestellt hat und beispielhaft Nuancen der Arbeit der Kollegen dort widerspiegelt. Ich glaube, in der Diskussion hier gibt es verschiedene Bereiche, die besprochen worden sind. Ich habe hier herausgehört, es geht zum einen um fehlende Menschen, es geht um fehlende Stellen, es geht um Belastungen, es geht um Wertschätzung, es geht um Attraktivität, aber es geht auch um Arbeitsschutz. Ich glaube, der Antrag gilt hier vor allen Dingen um den Arbeitsschutz, um Menschen gesund zu erhalten. Belastungen, das hat Herr Wunsch auch noch einmal sehr deutlich und klar gesagt, Belastungen werden durch die Erschwerniszulagenverordnung versucht zu kompensieren. Über die Angemessenheit der Höhe diskutieren wir hier heute auch nicht. Es wurde ja durch Herrn Haack auch dargestellt, wir reden dann von der exorbitanten Summe von 1.200 Euro pro Jahr für den betroffenen Kollegen, die Kollegin, die dann gegebenenfalls möglicherweise einsetzen, um irgendwie sich Entlastung zu verschaffen durch beispielsweise eben privatorganisierte Termine, Erholungstermine. Es wurde von Herrn Wunsch hier auch dargestellt Supervision, einige lehnen das ab, Stigmatisierung möglicherweise als Beweggrund, die sich dann privat andere Möglichkeiten suchen. Was mich ein bisschen hier umtreibt, ist der Versuch der Quantifizierung von Belastung. Also welche Belastung ist schlimmer oder schwerer oder Sonstiges? Ich glaube, das ist die falsche Diskussion. Ja, auch andere Bereiche der Polizei sind belastet. Ich bin bei Herrn Gäfke zum Thema, man muss wirklich sorgsam, differenziert ausformulieren, wer was bekommen soll oder nicht bekommen soll. Er hat es dargestellt. Es gibt durchaus Schwierigkeiten in der praktischen Umsetzung zum Thema Quantifizierung. Ich bringe Ihnen jetzt mal ein Beispiel: Wenn jemand sagt, von wegen wer mehr als 50 Prozent im Bereich Kinderpornografie zuständig ist, der bekommt eine Erschwerniszulage. Das heißt also, jemand, der 40 Stunden arbeitet, bekommt ab der 21. Stunde eine Zulage. Die Teilzeitkraft, die 20 Stunden arbeitet, 50 Prozent wären zehn Stunden, bekommt ab der elften Stunde eine Zulage. Frage: Der eine hat 20 Stunden, bekommt keine Zulage dann in diesem mathematischen Beispiel, ist der weniger belastet? Also ich weigere mich zu sagen, man kann diese Belastung in diesem Bereich Quantifizierung eine Stunde ist schlimmer oder zwei Stunden sind schlimmer, jede Stunde ist schlimm. Und von daher kann ich nur appellieren, bestimmte Personengruppen nicht auszugrenzen. Herr Wunsch hat es dargestellt, Herr

Gäfke hat es auch dargestellt, Herr Haack auch, wir haben auch Tarifbeschäftigte, die in diesem Bereich tätig sind. Es gibt die Möglichkeit, das zu harmonisieren. Wir reden hier heute ganz stark über Beamte. Aber ich möchte wirklich appellieren, den Tarifbereich dort nicht auszuklammern. Auch dieser ist extremst belastet. Herr Haack kann aus seiner Praxis sehr gute Beispiele auch bringen. Mir fallen immer Tarifbeschäftigte ein, die eben, wie er sagte, auch Schreibtätigkeiten vollführen müssen und die Bilder in ihrem Kopf haben und sie auch nicht loswerden. Ich habe es gesagt, Arbeitsschutz ist Arbeitgeberaufgabe und genau darum geht es. Wenn hier das Bild kreiert wird, dass möglicherweise der Sonderurlaub dazu genommen wird und dadurch mehr Mitarbeiter fehlen, und dadurch die anderen belastet werden, dann ist das nicht gut. Aber wäre es besser, dass die Kollegen dort nicht sich Freiraum nehmen, sich selber runterfahren, wäre das nicht der bessere Aspekt? Ich möchte auch noch, das haben hier auch alle dargestellt, noch einmal darauf hinweisen, die Kolleginnen und Kollegen dort sind wahnsinnig intrinsisch motiviert. Die wissen, so wie Herr Wunsch gesagt hat, sie retten Menschen, weil das, was Sie dort sehen, ist möglicherweise noch ein andauernder Vorgang. Die Opfer werden die Geschichten, die sie dort erleben, nie wieder los. Die begleiten sie ihr gesamtes Leben. Und ich glaube schon, dass die Kollegen sorgsam damit umgehen, ob sie Sonderurlaub nehmen, wie viel Sonderurlaub sie nehmen. Sie müssen den nicht nehmen. Die nehmen den nicht, weil der irgendwie nur da steht, sondern die nehmen den oder würden den wahrscheinlich deswegen nehmen, um auch sich selber zu regenerieren, ihre Belastungen runterzufahren. Herr Wunsch hat es dargestellt und Herr Schröder und Herr Haack auch, wie Sie ihre Führungsverantwortung wahrnehmen, das ist loblich. Aber ich weiß nicht, ob alle Führungskräfte so gute Führungskräfte sind wie diese drei Herren. Möglicherweise gibt es Defizite in anderen Bereichen. Und von daher wäre auch dieser Sonderurlaub eine Möglichkeit, zu sagen, das besteht unabhängig davon, ob eure Führungskraft ihre Führungsverantwortung wahrnimmt oder nicht wahrnimmt. Moment, ich gucke jetzt noch mal, ob ich irgendeinen wesentlichen Aspekt vergessen habe. Ja, ich habe es noch mal, das möchte ich am Schluss noch mal sagen, es ist eine wahnsinnige Belastung. Wir haben den Polizeiaufwuchs nicht, der kommt nicht unten an. Der fehlt sowohl im LKA, der fehlt in der KPI. Wir brauchen dringend Personal. Ich kann nur – und das ist jetzt heute nicht das Thema – noch einmal intensiv dafür werben, wirklich dafür zu sorgen, dass die 6.200 Polizeibeschäftigten wirklich im Land ankommen, damit wirklich die Belastung für die Kollegen sinkt, weil das haben hier alle dargestellt, mehr Personal kann

die Belastung des Einzelnen reduzieren. Letzter Satz von mir zum Thema KI, auch das war dargestellt, KI ist nicht das Allheilmittel, auch hier heute nicht Thema. Rechtliche Voraussetzungen, technische Ausstattungsmöglichkeiten, alles das ist nicht das Thema hier. Aber noch mal, Statement ist, KI ist kein Allheilmittel, KI ist eine Hilfe. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Herr Schumacher. Dann steige ich jetzt in die Fragerunde ein und mir liegt eine Wortmeldung von Frau von Allwörden vor.

Abg. **Ann Christin von Allwörden**: Ja, herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Zunächst einmal möchte ich allen Anzuhörenden danken für Ihre Statements. Und ich muss sagen, ich kann die Auffassung nur teilen, wie unglaublich wichtig es war oder ist, dass wir uns hier im Innenausschuss genau mit dieser Thematik auseinandersetzen. Und ich glaube, das sollte allen spätestens jetzt mehr als bewusst sein. Denn immerhin tragen wir eine Verantwortung gegenüber 6.000 Menschen in diesem Land, die für die Sicherheit täglich den Kopf hinhalten und viel auf sich nehmen. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal sagen, mir ist durchaus klar, dass der Polizeiberuf in der Gesamtheit eine besondere Anforderung hat an die Menschen, die diesen Job machen. Ich bin selber Polizeibeamtin, also glauben Sie mir bitte alle, das weiß ich. Und zum Alltag gehören nicht unbedingt schöne Dinge, zum Alltag eines jeden Polizeibeamten gehören Mord und Totschlag, Sexualdelikte, Gewalt und Elend, und das jeden Tag für jeden Beamten. Das ist mir auch klar und das ist auch, glaube ich, eigentlich jedem hier klar. Ich bin froh, dass Herr Schumacher das eben noch mal so deutlich gesagt hat, dass es hier nicht darum geht, eine Diskussion darum zu führen, dass wir zu wenig Personal haben, das ist uns klar. Und ich glaube, ich bin auch die Letzte, die sie davon überzeugen müssen. Und ich bin auch eine der Ersten, die da schon seit Jahren in die Bresche für springt. Wir müssen aber auch andere Diskussionen führen und das wurde deutlich gemacht. Es geht hier auch um eine Verantwortung, die wir tragen für den Gesundheitsschutz der Menschen, die gewisse Anforderungen oder an deren Aufgabe eine besondere Anforderung steht. Ich möchte vielleicht auch noch mal, um meine Frage gleich, das ist ein Einstieg in meine Frage, aber das muss ich vorher loswerden, damit Sie auch verstehen, wie die Grundlage war, warum ich hier gewisse Dinge auch zur Aussprache bringe oder auch anbringe. Wie gesagt, ich habe auch schon eine Menge Jahre Dienstilltag auf dem Buckel. Ja, viele schlimme Dinge, aber wissen Sie,

was mir wirklich bis heute immer noch im Kopf sitzt und was mir immer noch Probleme bereitet zu verarbeiten, das sind die Einsätze mit Kindern. Deswegen habe ich das Gefühl, es ist definitiv eine besondere Aufgabe, sich mit Kriminalität und vor allen Dingen auch Sexualdelikten gegen Kinder zu befassen oder befassen zu müssen. Ich glaube, das ragt ein wenig heraus und damit möchte ich auf gar keinen Fall, nicht, dass ich hier missverstanden werde, ich möchte auf gar keinen Fall andere Bereiche damit irgendwie abwerten oder sagen, die sind weniger anstrengend. Nein, nein, nein. Ich habe das in meiner Einleitung, glaube ich, gesagt, der Polizeijob an sich hat hohe Anforderungen und hohe Belastungen definitiv. Ich bin also froh, wenn wir jetzt tatsächlich diesen Antrag oder diese Thematik Sonderurlaub in diesem Bereich etwas losgelöst betrachten von der Problematik der Personalknappheit. Meine Frage ist in erster Linie an die Herren von der Kriminalpolizeiinspektion und dem LKA. Ich hatte so ein bisschen das Gefühl, dass diese Neiddebatte bei den Kollegen so ein bisschen im Vordergrund steht. Und ich frage mich ehrlich gesagt warum. Weil die Polizei an sich hat so viele unterschiedliche Facetten, wo unterschiedliche Dinge gewährt oder gezahlt werden. Es gibt in mehreren Bereichen Zulagen. Ich möchte vielleicht an dieser Stelle mal den Polizeischichtdienst als großes Beispiel hervorheben. Es gibt eine Schichtzulage, die gezahlt wird, weil die Kollegen eben unter diesen besonderen Umständen arbeiten, Schichtdienst leisten zu müssen. Das ist körperlich schon mal eine besondere Herausforderung. Wenn Sie nun eine besondere Anzahl von Nachtdiensten leisten, was noch mal eine höhere Anforderung ist, bekommen sie Sonderurlaub genehmigt. Zwischen ein und vier Tagen kann man erreichen im Jahr Sonderurlaub. Da frage ich mich, wirft das dann eine Neiddebatte auf bei Kollegen, die immer im Ermittlungsdienst arbeiten, die mit den gleichen Delikten zu tun haben, die ja nicht für die Kollegen weniger schlimm sind, weil sie sich damit ebenso auseinandersetzen müssen? Das wäre meine erste Frage. Und die zweite Frage ist, wo Sie mit diesen Neiddebatten anfangen, ich verstehe es wirklich nicht, weil wir haben ja noch ganz andere Geschichten. Auf einem Streifenwagen sitzt ein Polizeiobermeister, der schon seit fünf Jahren Dienst macht, und bekommt einen Polizeikommissar, der gerade fertig ist mit auf den Streifenwagen. Der Kommissar verdient wesentlich mehr Geld. Beschwerst sich da auch jemand darüber? Also ich selber bin Obermeisterin, ich habe mich darüber nie beklagt. Könnte aber auch eine Neiddebatte auslösen. Also meine erste Frage tatsächlich geht in die Richtung, warum löst diese Idee, einen Sonderurlaub für diese Art der Beschäftigung, eine Neiddebatte aus?

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Frau von Allwörden. Wer möchte zuerst? Herr Haack oder Herr Schröder? – Herr Schröder.

Maik Schröder: Ich kann direkt mal ausführen, dass ich gleich an Herrn Haack übergeben werde, weil ich führte ja aus, dass in meinem Bereich, also ich spreche ja für das LKA hier, nur die Ansprechstelle Kinderpornografie ist. Dort sind ja nur Mitarbeiter, die tagtäglich das inkriminierte Material, was wir vom BKA also zumeist übersandt bekommen, sichten. In den Kriminalpolizeiinspektionen, wie Herr Haack ausführte, sind ja in einem Bereich sowohl Mitarbeiter, die kinder- und jugendpornografisches Material sichten, tätig, als auch die Mitarbeiter, die im sexualisierten Bereich ermitteln gegen Erwachsene. Und genau dort, glaube ich, kam das her, was Herr Hack thematisierte. Ich aus dem LKA kann höchstens gleich noch ergänzen, die Debatte im LKA gibt es so nicht. Also ich habe sie in meiner Darstellung auch nicht ausgeführt. Da könnte ich eher nachher noch ergänzen auf das, was Herr Wunsch gesagt hat.

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Herr Schröder. – Herr Haack.

Falko Haack: Vielen Dank für die Nachfrage. Ich fange mal hinten bei den Erschwerniszulagen an. Wie sind die vor zwei, drei Jahren in die Erschwerniszulagenverordnung gekommen? Wir haben da die MAEX-Gruppen drin, also Mobile Aufklärung Extremismus, die wir auch in den KPI'n haben, die zivilen Observations- und Einsatzgruppen, die wir drin haben, die Beweis- und Festnahmeeinheiten, die Spezialeinheiten, die besondere Belastungen haben. Warum ist das da alles reingekommen? Die Wechselschichtzulage im Schichtdienst wurde damals erhöht, was vollkommen richtig ist, auch aufgrund der physischen, aber auch psychischen Belastung. Im Wechselschichtdienst, wer das, glaube ich, zehn, zwanzig, dreißig Jahre macht, hat auch diesen Ausgleich verdient. Aber auch die MAEX- und ZAC-Gruppen begehren Wechselschichtdienst nicht in dem Sinne wie im Polizeirevier, aber das war ja mit ein Grund, warum das damals in die Erschwerniszulagenverordnung eingeführt wurde. Und über Spezialeinheiten und Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten, glaube ich, brauchen wir nicht diskutieren, die haben ganz andere Belastungen da. Ein weiterer Bereich, der damals eingeführt wurde, ist der einzige Part eben gewesen im Sinne der kriminalpolizeilichen Sachbearbeitung. Das waren die Sachbearbeiter, die mit der Bekämpfung

der Kinderpornografie zu tun haben. Ich habe jetzt nicht mehr in die Beschlussprotokolle oder die Diskussionsprotokolle des Landtages damals geschaut, ob das als Attraktivitätsmerkmal gedient hat, um dort neue Mitarbeiter zu gewinnen, was natürlich auch wichtig ist, weil wir brauchen auch Freiwillige, die dort ihren Dienst verrichten und nicht gezwungen werden, oder ob das tatsächlich also einerseits Wertschätzung oder andererseits auch eine Entlastung darstellen soll. Die Diskussion konnte ich jetzt die zwei, drei Tage nicht mehr nachvollziehen, warum das so gekommen ist. Die Mitarbeiter selbst sagen mir, und das ist auch in allen vier KPI'n so, wir bekommen eine Wechselschichtzulage aufgrund der besonderen Situation, diese inkriminierten Dateien zu sichten, zu bewerten et cetera und sollen jetzt noch mal dafür belohnt werden mit Zusatzurlaub. Einige Mitarbeiter sagen, die Überstunden, die ich aufbaue durch Einsätze, wir haben es gehört, hat Herr Gäfke ausgeführt, von 5:00 Uhr Einsatzbeginn, 21:00 Uhr oder später zu Hause oder andersrum. Viele Mitarbeiter in meiner Dienststelle haben gar keine Überstunden aufgebaut, weil wir das gleich so veranlasst haben, dass wenn sie Überstunden gemacht haben, in der gleichen Woche beziehungsweise im gleichen Monat die Überstunden wieder abgebaut werden, damit die auch gleich wieder die Entlastung spüren die gesundheitliche, und nicht über 40 Überstunden. Wir haben so ein Portal, bis 40 Überstunden ist das okay, auch so ein bisschen Freiräume zu haben, was auch gut ist, aber mehr als 40 Überstunden waren da nie gang und gäbe, gerade in unserem Fachkommissariat 1, wo das angeführt wird. Also da haben wir aus Führungssicht auch schon darauf geachtet, dass keine Überstunden entstehen. Die Kollegen selbst sagen, die Erschwerniszulage ist gut, ist auch okay, dass die gezahlt wurde. Wenn jetzt noch Zusatzurlaub obendrauf kommt, fühle ich mich selber auch nicht wohl dabei gegenüber den anderen Bereichen, die wir haben. Das Beispiel von Herrn Wunsch haben wir jetzt nicht so mit Enthauptungsvideos et cetera, da haben Sie ganz andere Fallzahlen wahrscheinlich. Aber die anderen Bereiche, die ich vorhin schon dargestellt habe, der KDD bekommt eine Wechselschichtzulage. Aber auch gerade der KDD ist der erste, der zu einem sexuellen Missbrauch eines Kindes herausfährt und den ersten Angriff durchführt und bekommt die Wechselschichtzulage, aber keine Zulage im Sinne, ich habe ein besonderes Momentum, eine besondere Situation hier mit Kindern, die ich bewältigen muss. Da kommt das FK 1 nicht, da kommen die Sachbearbeiter KiPo nicht. Das macht der Kriminaldauerdienst 24/7, 365 Tage die Woche. Also die Mitarbeiter untereinander unterhalten sich darüber. Das kann ich nur so darstellen. Und sie sagen selber Erschwerniszulage ist gut, Sonderurlaub ist eine

Idee. Das Votum habe ich ja so reformuliert, entweder/oder. Wenn nicht die Erschwerniszulage, ich könnte auch darauf verzichten, nimm dafür eben x-Tage Sonderurlaub mehr dazu, dann passt das. Die zweite Frage, Frau von Allwörden, der Polizeiobermeister auf dem Streifenwagen und der Polizeikommissar bekommen unterschiedliches Gehalt, klar, steht auch in der Besoldungstabelle, nehmen auch unterschiedliche Verantwortung wahr. Doch. Ich erwarte von einem Polizeikommissar ganz andere Entscheidungen auf der Straße als von einem Polizeiobermeister und die haben sie auch wahrzunehmen. Und ich als Vorgesetzter verlange das auch von ihnen, das ist deren Job. Ich weiß, dass das vielleicht nicht überall so ist, aber der Polizeikommissar hat dafür das Studium absolviert und muss dafür dann auch, wenn vor Ort was schiefliegt, seinen Kopf hinhalten. – Vielen Dank!

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Herr Haack. Eine Nachfrage, Frau von Allwörden? – Gerne.

Abg. **Ann Christin von Allwörden**: Ja, danke, dass Sie mir das so sagen, Herr Haack. Das weiß ich natürlich. Deswegen sagte ich auch ein Polizeiobermeister, der fünf Jahre im Dienst ist und ein Polizeikommissar, der frisch von der Schule kommt. Und da ist die Praxis nun mal nicht so, dass der Polizeikommissar dann sofort die Verantwortung übernimmt. Aber egal, darum ging es ja in der Frage nicht, mir ging es um die Neiddebatte. Und damit wollte ich eigentlich mehr darstellen. Neiddebatten sind nicht immer berechtigt. Wissen Sie, was ich meine? Es hat manchmal immer so ein bisschen, ist auch oft von Gefühlen geleitet, aber nicht unbedingt immer nur von Fakten. Ich wollte das damit eigentlich nur darstellen, dass es genau eben das ist. Es ist nicht immer begründet. Und wenn Sie jetzt sagen, es soll eine Belohnung darstellen für denjenigen, der das macht, dann sehen Sie das falsch. Das soll keine Belohnung sein, sondern das soll eine Gesundheitsmaßnahme darstellen, dass derjenige die Möglichkeit hat, sich vielleicht aufgrund eines Sonderurlaubes einen Tag mehr erholen zu können. Das ist nicht mit einer Belohnung gleich. Das ist aber genau das, was vielleicht so diese Unterschiede macht in der Diskussion. Also über eine Belohnung reden wir hier gar nicht. Da ist es eher diese Entschädigung von den 100 Euro, wo man sagt, okay, das ist eine Belohnung dafür, dass du eben diese anstrengende Aufgabe machst. Aber das ist auch losgelöst von dem, was wir mit einem Sonderurlaub bezwecken wollen. Es ist keine Belohnung, sondern eine gesundheitliche Maßnahme.

Vors. **Ralf Mucha**: Ja, schönen Dank, Frau von Allwörden. Wir wollen uns ja hier auch nicht von Gefühlen leiten lassen, sondern von Fakten. Und ich glaube, da war ja auch ein Angebot, man kann ja auch drüber debattieren gegebenenfalls, ob man sagt, die 1.200 Euro Zulage im Jahr, die man verdienen kann, gegebenenfalls in Stunden oder in Urlaub abzugelten, ist eine Variante, die ich heute hier gehört habe. Aber Herr Schröder hat sich noch mal gemeldet.

Maik Schröder: Ich wollte noch mal kurz auf Ihr Eingangsstatement und auf das, was er Wunsch sagte, Sie sagten, wir brauchen hier nicht von Stellen, die nicht vorhanden sind oder von Menschen, die für die zu besetzenden Stellen nicht vorhanden sind, reden. Aber ich möchte das. Ich habe es in meinem Statement angeführt und Herr Wunsch hat es noch mal ziemlich deutlich gemacht, auch wir haben mit unseren Mitarbeitern gesprochen und die Belastung ist über das Sichten des inkriminierten Materials hinaus, die ja da ist, die wir auch nicht wegdiskutieren können, die auch ein, zwei Tage Sonderurlaub nicht wegnehmen, da finde ich tatsächlich die tägliche Entlastung im vernünftigen Arbeitsumfeld wichtig. Worauf ich aber hinaus wollte, die Belastung, die meine Mitarbeiter mir spiegeln, die ich als Führungskraft natürlich versuche, jeden Tag abzunehmen, den Vorgang, den ihr bearbeitet, das ist eure Verantwortung, die da hinten liegen die 400 oder tatsächlich haben wir 800 mit dem Online-Hinweisportal Netzverweis, was wir nur in M-V betreuen, das sind Halden, wo die Mitarbeiter wissen, in jedem Vorgang kann ein realer sexueller Missbrauch liegen, den sie natürlich mit ihrer intrinsischen Motivation unterbinden, verhindern und also weiter verhindern wollen. Und diesen Druck, den ich täglich versuche zu nehmen, ich glaube, das schaffe ich gar nicht. Wir machen es immer. Aber das hat der Mitarbeiter, was er täglich mitbringt, und das ist auch die Belastung gerade in diesem Deliktsfeld, und da lösen wir so ein bisschen von dem Sichten des Materials, aber auch mit Wissen, was tue ich hier eigentlich, für wen tue ich das. Und wenn ich das jetzt losgelöst betrachte von dem Personal, was ich da zur Verfügung stelle, was ich auch erst mal haben muss, nicht nur von den Stellen, sondern den Leuten, dann sind für mich ganz andere Sachen wichtig, dass wir uns dazu bekennen, dass wir da auch Tarifbeschäftigte, so wie in NRW und in Niedersachsen, einsetzen und nicht das an PVB festmachen. Eine vernünftige Bezahlung oder Alimentation der dort eingesetzten Kollegen, das ist das zent-

rale Feld, weil die Zahlen werden, Herr Wunsch führte es aus, werden exorbitant steigen, wenn in der EU und in Deutschland gleiche Regelungen geschaffen werden wie in Amerika, dann reden wir von 1,6 Millionen weiteren Zahlen. Und wir wissen jetzt schon kaum, wie wir unsere Kollegen entlasten sollen. Also Tarifbeschäftigte auch mit in den Vordergrund bringen, was wir in M-V im Übrigen nicht haben, also wir haben Tarifbeschäftigte im Bereich, hoch erfahrene sogar, in einigen Bereichen sogar die, die das erstmalig mit aufgebaut haben, aber die nicht mal eine Erschwerniszulage bekommen in dem offiziellen Kanon und dann, wie gesagt, die Belastung auch in Gänze sehen. – Danke schön.

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Herr Schröder. Dann mache ich in meiner Rednerliste weiter. – Herr Noetzel.

Abg. **Michael Noetzel**: Ja, schönen guten Tag! Auch von mir ein Dankeschön an Sie alle, dass Sie heute hier sind und uns sehr eindrücklich auch noch mal an diesem Thema Ihre Sicht der Dinge darstellen. Ich habe eine Frage an Herrn Wunsch: Sie haben das Aufgreifen, was Sie gerade gesagt haben, Sie haben ja gesagt, dass Sie Tarifbeschäftigte mit bei Ihnen bedenken. Die Frage ist, wonach bemisst sich das? Sie haben immer vom Themenfeld gesprochen. Das Themenfeld ist ja Kinderpornografie. Nun haben wir aber gehört, dass es, Herr Schumacher sagte es ja, glaube ich, auch, eben auch Bereiche gibt, die nur teilweise damit beschäftigt sind. Und da würde mich interessieren, wie Sie das gelöst haben? Also haben Sie da auch eine Prozenterfassung stundenweise oder wie ist das gelöst? Ja, das wäre das eine. Und eine zweite Frage auch an Sie, Herr Wunsch, weil Sie vielleicht als Direktor in NRW auch einen Gesamtüberblick in Deutschland haben. Wissen Sie eigentlich, ob es irgendwo in Deutschland ein Bundesland gibt, in dem beides gewährt wird, also ein Sonderurlaub und eine Zulage im KiPo-Bereich? Sie haben ja ausgeführt, dass Sie sich in NRW ausdrücklich gegen den Urlaub gewendet haben und das auch begründet haben. Das sind die beiden Fragen. – Danke schön!

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Herr Noetzel. – Herr Wunsch.

Ingo Wunsch: Ja, Herr Noetzel, vielen Dank für die Fragen. Also erstens, ich bewerbe Tarif mit voller Überzeugung und Hingabe. Allein in meinem Haus, wir haben, wie ich ausgeführt hatte, 2019 war die Zentralstelle bei mir mit zwölf Menschen besetzt. Wir sind heute knapp 90. Und der Aufwuchs ist nahezu ausschließlich durch Tarifbeschäftigte erfolgt im überwiegenden Maße, im Übrigen auch durch Frauen. Die Aufgabenrate, die dort erfüllt wird bei mir im Haus, ist die Kategorisierung, Bewertung von Bildmaterial und Videomaterial. Das heißt wirklich, das tagtägliche Befassen mit Bildern, um diese einzuordnen, ist es inkriminiert und wenn inkriminiert, ist es kinderpornografisch, und zum Zweiten ist es jugendpornografisch oder eben Erwachsenenpornografie. Schiebt man immer wieder gerne ein, deshalb mag ich den Begriff der Kinderpornografie nicht. Deshalb sage ich immer lieber Missbrauchsdarstellung, weil das eigentlich eher das ausdrückt, was es für mich ist. Diese Menschen, die wir dafür gewonnen haben, eingestuft in Nordrhein-Westfalen in EG 11, ist ein unglaublich innovativer und spannender Personalkörper. Ich bewerbe das deshalb, und vielleicht merken Sie es auch ein bisschen, mit größter Überzeugung, das sind Menschen. Nee, ich muss anders anfangen. Wir haben uns erst die Frage gestellt, wenn wir Stellen ausschreiben für Tarifbeschäftigte, kriegen wir überhaupt Menschen, die sich das antun? Und wir haben eine unglaubliche Zahl von Bewerbern und Bewerberinnen gehabt, was uns wirklich gewundert hat. Hintergrund ist, dass es Menschen sind, da sind Volljuristen dabei, Physiotherapeuten, kommen aus der Marketingecke, kommen aus der kaufmännischen Ecke, also ganz, ganz viele verschiedenste Berufsgruppen, was auch die gesamte Situation da oben in der Gruppe sehr spannend macht, die einfach gekommen sind, ich habe in einem Job gearbeitet, der hat mich nicht ausgefüllt und da weiß ich, was ich tue. Das ist für mich sinnstiftend, das hat für mich einen Wert, das zu tun jeden Tag. Und damit haben wir diese Menschen gewonnen. Wir bauen noch mal weiter auf, wir werden wahrscheinlich Ende des Jahres, wenn es uns gelingt, etwa bei 100 sein. Deshalb ich kann nur empfehlen, das zu tun. Tarifbeschäftigte sind natürlich keine Ermittlungskräfte ausdrücklich. Das heißt, die filtern vor, die bearbeiten vor nach klaren Regeln. Und das ist in einem Sachgebiet organisiert oder in mehreren Sachgebieten organisiert und dort gibt es dann Polizeivollzugsbeamte, die letztendlich im Ergebnis die Arbeitsleistung dann polizeilich einordnen, kriminalfachlich Einordnung machen. Ein zweites Standbein ist dazugekommen. Das heißt, die Kategorisierung und

Bewertung von Bildmaterialien haben wir leider im Landeskriminalamt ein wenig zurücknehmen müssen, weil die NCMEC-Vorgänge in einer Art und Weise nach oben gehen, sodass wir in Nordrhein-Westfalen einen zentralen Prozesslauf haben. Die gehen über das BKA zentral beim LKA ein, werden hier im LKA bewertet und werden aufbereitet, gehen dann zur Zentralstelle der Justiz, zur ZAC nach Köln und von dort aus dann weiter in die Kreispolizeibehörden als zentraler Prozesslauf, sodass diese Kolleginnen und Kollegen inzwischen Durchsuchungsanträge schreiben, Ermittlungsberichte schreiben, die immer im Ergebnis von Polizeivollzugsbeamten noch mal qualitätsgeprüft werden. Und ich kann Ihnen ehrlich sagen, die machen einen Bombenjob. Jetzt könnte man sagen, ist das so ein Hexenwerk Kriminalpolizei. Ja, das ist es. Aber motivierte Menschen in einem angeleiteten Prozess und gut eingearbeitet, bringen einen unerhörten Mehrwert. Und ich kann es wirklich nur ans Herz legen, das zu tun. Zweiter Punkt ist, ob mir ein Bundesland bekannt ist, was beides, also Erschwerniszulage und Sonderurlaub, macht, nein, weiß ich wirklich nicht. Wir persönlich stehen ja auch auf dem Standpunkt, es gibt ja nur eine Zulage immer, es darf nie zwei Zulagen geben in Nordrhein-Westfalen. Und noch mal ausdrücklich sage ich, wir würden von Sonderurlaub in Nordrhein-Westfalen abraten und würden diesen Gedanken in Nordrhein-Westfalen nach wie vor nicht weiterverfolgen. – Vielen Dank!

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Herr Wunsch. – Frau Tegtmeier.

Abg. **Martina Tegtmeier**: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender! Auch noch mal von mir ganz herzlichen Dank in die Runde, vor allen Dingen die neuen Einblicke in Nordrhein-Westfalen fand ich sehr interessant. Ich hoffe, unser Staatssekretär hat auch interessiert zugehört. Ich denke mal, man kann, auch wenn man keine doppelten Zulagen hat, viel tun, um den Arbeitsschutz und auch das Klima zu verbessern. Eine Gruppe, ich glaube, einige aus unserer Runde der Abgeordneten war auch dabei, als wir uns in der letzten Legislaturperiode beim Landeskriminalamt über diese Deliktbearbeitung informiert haben. Und das war einfach gruselig. Und was Herr Wunsch dazu ausführte, war zwar nicht ganz identisch, aber doch sehr vergleichbar. Also was wir da gesehen haben und gehört haben, war an Gruseligkeit und Unmenschlichkeit kaum noch zu überbieten, das mal zu sagen. Und die Polizeibeamtinnen und -beamten und die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter, die sich da tagein, tagaus mit beschäftigen müssen, die sind aus meiner Sicht solchen psychischen Belastungen ausgesetzt, da muss

man zusehen, wie man das bestmöglich unterstützt. Und für mich war es eigentlich immer am besten oder ich habe es immer am besten empfunden, wenn man eine durchgängige Unterstützung hat, weil die Verarbeitung solcher Fälle, mit denen man sich da befasst – und auch wenn es nur in Anführungszeichen die Sichtung von Material ist –, ist ja von Mensch zu Mensch auch vollkommen unterschiedlich. Und ich denke, es muss immer die Möglichkeit sein, dass man einen Ansprechpartner hat, um irgendwie was loszuwerden, wie ein Sandsack im Nebenzimmer, irgendwas um aktuelle Erfahrungen auch verarbeiten zu können. Und das macht es für mich auch so schwierig zu bemessen, inwieweit Sonderurlaub da für die Verarbeitung, für die seelische Gesundheit einzelner Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen dabei eine Rolle spielt beziehungsweise welchen Umfang man hier einräumen müsste, damit es wirklich zur Gesundheitsförderung wirksam ist. Und da hätte ich gern die Frage an Herrn Schumacher oder auch an Herrn Gäfke, weil sie ja beide eigentlich sehr wohlwollend für so eine Lösung sich geäußert haben, wenn ich das richtig verstanden habe, doch bitten, noch einmal zu äußern, hier ist ja das Beispiel Niedersachsen angeführt worden, dass wir eine Regelung nach dem Vorbild Niedersachsens einführen mögen, ob das tatsächlich das Gelbe vom Ei sein kann, ob dieser Anspruch, der dort praktisch verankert wurde, die Lösung der Probleme ist, also nur mal so, oder wie ein Zusammenspiel insgesamt vielleicht noch besser funktionieren könnte, ob man eins mit dem anderen aufwiegen kann, also eine klare Positionierung noch einmal. – Vielen Dank!

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Frau Tegtmeier. – Dann würde ich Herrn Schumacher als Erstes das Wort erteilen.

Christian Schumacher: Danke, Frau Abgeordnete Tegtmeier, für die Frage. Also um es noch mal klar und deutlich auszusprechen, wir sind pro Sonderurlaub. In der Diskussion erkenne ich hier immer wieder diese Vermischung zwischen Erschwerniszulagenverordnung, Urlaub, Sonderurlaub, Mehrarbeit, Überstunden, Gehaltsforderung. Ich kann nur appellieren, lassen Sie uns über das konkrete Thema reden Sonderurlaub. Der Sonderurlaub ist keine Pflicht. Ich entscheide selber als Beamter, nehme ich ihn oder nehme ich ihn nicht. Alle, die hier sind, haben deutlich gemacht, die Kolleginnen und Kollegen sind intrinsisch motiviert. Die wissen, was ihr Fehlen bedeutet. Die wissen, dass zusätzliche Opfer entstehen beziehungsweise Straftaten nicht verfolgt

werden. Ich appelliere an das Vertrauen an die Mitarbeiter, dass sie das nicht missbrauchen werden, um zu sagen, oh, ich habe jetzt hier mal sechs Tage, so fünf Tage, vier Tage, zehn Tage, was auch immer, dann mache ich mir mal einen schönen Lenz. Was ist denn auch mal die andere Frage denn die Alternative? Herr Wunsch hat dargestellt, wie es im LKA Nordrhein-Westfalen funktioniert. Scheint sehr starke Führungskräfte dort zu haben, die da sagen, alles klar, ist kein Problem, nimm dir eine Auszeit, geh in den Raum, fahr dich runter. Aber was soll denn der Kollege bei uns machen? Was sind denn Alternativen, die er denn hat? Ich weiß nicht, ob es im LKA solche Räume gibt, die Herr Wunsch da beschrieben hat. Ich habe nur mitgenommen, Herr Schröder wünscht sie sich definitiv, mehr davon zu haben an der Stelle. Aber der Kollege hat momentan doch nur die Möglichkeit, einen Krankenschein zu nehmen, zu sagen, ich bin so belastet, ich muss hier irgendwie mal eine Auszeit nehmen, ich muss hier rauskommen. Er kann nur zum Arzt gehen. Und genau wie Sie betroffen sind bei den Schilderungen, wenn Sie auf der Seite des Arztes wären und der Mensch schildert Ihnen, warum er jetzt mal eine Auszeit braucht, glauben Sie, wir reden da über einen Tag. Ich bin dafür, Sonderurlaub, sehr flexibel, im Vertrauen der Mitarbeiterschaft zu machen, um damit wirklich die Möglichkeit zu haben, sich zu regenerieren und rauszuziehen. – Danke!

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Herr Schumacher! – Herr Gäfke.

Stephan Gäfke: Ja, den Worten von Herrn Schumacher kann ich mich nur anschließen. Den Gedanken mit Sonderurlaub statt krank hatte ich mir auch schon aufgeschrieben. Also letztendlich können die Kollegen auch ein halbes oder ein ganzes Jahr ausfallen, wenn man ihnen nicht die Möglichkeit gibt, sich irgendwie so zu regenerieren durch Sonderurlaub oder durch das Nehmen von geleisteten Überstunden. Letztendlich ist die menschliche Psyche einfach zu individuell, um jetzt schon sagen zu können, dass es das Gelbe vom Ei hier ist der Sonderurlaub. Das kann man nicht pauschal beantworten. Dafür sind wir alle viel zu unterschiedlich und reagieren auf das Gesehene dort immer unterschiedlich. Hängt natürlich von dem familiären Status ab, ob es Männlein, Weiblein ist, ob man schon vielleicht Erfahrung in dem Bereich sogar selbst gesammelt hat. Auch das gibt es unter Kollegen teilweise. Also von daher keine pauschale Antwort möglich, aber pro Sonderurlaub natürlich und im Vertrauen natürlich dann zwischen Vorgesetzten und Mitarbeitern.

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Herr Gäfke. Dann habe ich Frau Oehrich. – Frau Oehrich.

Abg. **Constanze Oehrich**: Ja, danke schön, Herr Vorsitzender! Danke auch an alle Experten, die sich hier zur Verfügung gestellt haben für unser Expertengespräch. Wir haben ja als Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN versucht, den Antrag der CDU noch mal, wie soll ich sagen, in ein Gesamtkonzept einzubinden, also zusätzlich zum Sonderurlaub einfach noch andere Maßnahmen mitzudenken. Wir setzen da auf weitere Maßnahmen der Entlastung, wie eben zum Beispiel den Einsatz von Künstlicher Intelligenz, Verstärkung der bereits in Ansätzen vorhandenen Supervisionen, präventive Aus- und Fortbildungen, psychologische Begleitung und Ähnliches. Und ich versuche jetzt im Rahmen dieses Expertengesprächs, noch mal so ein bisschen auszuloten, inwieweit gibt es das schon in Mecklenburg-Vorpommern und wo ist eben noch Luft nach oben. Da wäre ich wirklich noch mal dankbar für ganz konkrete Hinweise von den Experten. Und um diese Frage noch mal zu präzisieren, wir haben vom BDK gehört, dass es teilweise an den Basics scheitert, dass Technik nicht beschafft wird oder Technik im Keller steht und nicht eingesetzt wird. Ich glaube, da wäre es gut, noch mal ein bisschen genauer zu hören, was sind denn jetzt eigentlich die Sofortmaßnahmen, die ergriffen werden müssten. Und zum anderen haben wir von Herrn Wunsch gehört aus Nordrhein-Westfalen, dass dort bereits mit verpflichtender Supervision gearbeitet wird. Das habe ich aus der Stellungnahme des LKA noch nicht so herausgelesen. Wir haben von Herrn Wunsch gehört, dass auch das Arbeitsumfeld natürlich eine Rolle spielen kann. Ist das auch eine Option für M-V, für die Dienststellen hier? Gibt es da schon Pläne, Vorhaben? Genau, eine weitere Idee, ein weiterer Punkt aus Nordrhein-Westfalen war auch noch das Thema Kuren. Da wäre ich dankbar noch mal für Hinweise, gerade hier aus M-V, was ist da schon geplant? Was wird hier geteilt von den Ansätzen aus Nordrhein-Westfalen?

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Frau Oehrich. – Herr Schröder als Erster? Gerne.

Maik Schröder: Ja, vielen Dank für die Nachfrage, Frau Oehrich. Ich habe eben gerade noch mal in meine Stellungnahme reingeguckt. Also wir haben das tatsächlich aufgeschrieben auch, ich fange mal mit der Supervision an. Ähnlich, wie Herr Wunsch es darstellte, also einmal im Jahr verpflichtend haben wir tatsächlich in der Verwaltungsvorschrift viermal im Jahr verpflichtend Supervisionsgespräche. Ich meine, 2021 sind wir angefangen. Das war ein etwas schleppender Prozess, weil etwas in eine Verwaltungsvorschrift zu schreiben und Supervisoren zu haben, sind ja noch mal zwei verschiedene Sachen. Für das LKA kann ich berichten, dass wir, ich guck mal, 2022 die Supervisionsgespräche, die ich angeführt habe, geführt haben. Das heißt, zwei von den vier vorgegebenen zwei Gruppensupervisionen mit dem gesamten Team, eine Einzelsupervision, weil eine Kollegin sie gewünscht hat oder ein Kollege, das ist auch in jedem Jahr immer on top möglich, und wir haben eine Supervision durchgeführt mit der Leiterin der Ansprechstelle und einer Kollegin und eine Supervision mit mir als verantwortlicher Vorgesetzter. Für dieses Jahr haben wir bereits im Februar eine Gruppensupervision des gesamten Teams gehabt. Die nächste ist Ende Mai, eine ist für August vorgesehen und eine für September. Also der Plan steht mit dem Supervisor, den wir gefunden haben. Von den KPI'n kann ich es jetzt nicht ganz genau sagen, ob die Termine so stehen. Die Vorgabe, viermal verpflichtend, steht aber auch. Und die KPI'n, die schon Supervisoren gefunden haben, haben auch Termine vereinbart. Da kann ich jetzt nicht ganz konkret werden. Wir sind da aber definitiv auf einem guten Weg. Die finanziellen Mittel, die müssen natürlich fortlaufend bereitgestellt werden. Das zur Supervision. Zur Herausnahme über die Supervision hinzu, also wie Herr Wunsch das dargestellt hat, aus meinem Bereich, wenn wir Mitarbeiter haben, die gerade sehr belastende Sachen jetzt gesehen haben, gibt es sehr wohl die Möglichkeit und die nutzen sie auch, dass sie sich von ihrem Büroplatz entfernen und in den Bereich, wir haben einen etwas größeren Bereich, die Bereiche der Kabinen kenne ich nicht, sich bewegen können. Wir haben keinen Boxraumsack und auch keinen Sportraumsack direkt daneben. Aber das ist etwas, wenn die räumlichen Gegebenheiten es hergeben, durchaus einrichten werden. Wir haben gerade in der Raumgestaltung die Möglichkeit. Ich nehme das gerne mit und nehme auch mit NRW noch mal Kontakt auf. Wir haben es in anderen Bereichen ja auch. Also das ist wirklich ein lohnenswerter und ein sinnhafter Weg, den wir im LKA auch gehen werden. Für die KPI'n kann ich hier leider nicht sprechen. Wir werden aber das hier Gesagte selbstverständlich auch mitnehmen. Und die Vorgesetzten, die ich kenne, sind schon höchstsensibel, was ihre

Mitarbeiterschaft betrifft. Jetzt muss ich gestehen, Sie hatten noch eine letzte Frage. KI, ach so, nee, die KI war die Erste sogar, glaube ich. Zur KI kann ich sagen, wir sind in einem Beschaffungsvorgang gewesen. Ich bin jetzt nicht direkt in dem Projekt drin, aber die Beschaffungen laufen. Allerdings ist die Hardware schneller da gewesen als die Software, weil es da ganz normale Probleme gab in der Beschaffung, in dem Verhandlungsprozedere. Eine Software mit KI ist aber in der Beschaffung. Sie wird aber, wie schon mehrfach ausgeführt, nur entlasten, wenn ich 500.000 Bilder als Material habe. Sie sortiert mir vor, was sind Referenzbilder, die ich mir vielleicht angucke, wo keine kinder- und jugendpornografischen Darstellungen sind, und sie sortiert 200.000 Bilder raus, wo Material drin ist. Diese 200.000 Bilder müssen dennoch einzeln gesehen und kategorisiert werden. Es entlastet uns, diese Berge an Halden schneller abzarbeiten, es entlastet uns bei der Findung von unbekanntem Opfern und Tätern, nämlich über Urlaubsbilder et cetera, wo erste Anfangsverdachte bestehen, aber entlastet nicht tatsächlich beim Sichten des Materials.

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Herr Schröder. – Dann hat sich Herr Haack noch mal gemeldet.

Falko Haack: Ich würde das gerne mal ergänzen wollen. Die Aussage so stehen zu lassen, wenn wir keinen Sonderurlaub haben oder wenn ich keinen Ausgleich schaffen kann in Stunden, dann nehme ich mir einen Krankenschein. Also mit diesem Vorurteil möchte ich deutlich aufräumen. Wir haben hochprofessionelle Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter in unseren Dienststellen, die gerade in diesem Deliktbereich eingesetzt sind. Und bevor die einen Krankenschein bringen, also dann müssen sie wirklich krank sein. Und zu sagen, die machen das nur, um sich die Entlastung zu holen, so etwas habe ich nicht erlebt in den letzten Jahren und auch in allen vier KPI'n ist das nicht so. Und jeder Mitarbeiter, jede Mitarbeiterin hat jederzeit die Möglichkeit, auf die Vorgesetzten zuzugehen. Dafür führen wir regelmäßige Gespräche, nicht alle sechs Monate, sondern, ich will nicht sagen, jede Woche, aber alle paar Wochen, und die direkten Vorgesetzten ja noch viel öfter. Wenn der Mitarbeiter, die Mitarbeiterin sagt, ich kann jetzt erst mal hier nicht mehr ein halbes Jahr, ich brauche jetzt mal eine andere Umgebung, einen anderen Arbeitsgegenstand, dann machen wir das möglich. Das ist doch alles kein Hexenwerk. Das ist doch auch nicht statisch die Polizei. Und gerade in diesem Bereich, dass wir auf Bedürfnisse der Beschäftigten eingehen, ist

doch selbstverständlich. Und die sind doch da nicht verhaftet, du machst jetzt nur noch 40 Jahre diesen Bereich. Also da gucken wir ganz, ganz sicher darauf. Zu den Supervisoren oder Supervisionen an sich, grundsätzlich verpflichtend viermal im Jahr. Das ist richtig. Ich habe es versucht letztes Jahr. Ich bleibe beim „versucht“ auch. Wir haben es einmal durchgeführt, weil wir schlichtweg den Supervisor nicht gefunden haben oder die Supervisorin. Wir sind alle gebunden terminlich. Das Geld ist da, ja, aber wir müssen den Menschen finden, der es durchführt und dann auch das Team zusammenbringen an den entsprechenden Tagen, wo auch alle da sind, weil die sollen ja auch alle gleichzeitig daran teilnehmen. Also das hört sich theoretisch immer alles gut an, wir tun es auch praktisch. Unser Team in der KP Anklam als Beispiel hat vor drei Jahren die erste Supervision, da gab es das alles noch nicht so, in einer Schriftlage schon mal durchgeführt. Danach haben die gesagt, na ja, das brauchen wir nicht. Wir reden jede Woche im Team zusammen, wir trinken morgens den Kaffee, gehen abends zusammen, reflektieren den Tag, das Gesehene. Das tun die schon selber aus Eigenschutz auch und reden da miteinander. Die Raumgestaltung, was Herr Wunsch sagt, wir haben sehr lichtdurchflutete Räume. Da sind natürlich keine bunten Wände oder keine Couch drin, aber die sind wenigstens hell und sind auch keine Kellerräume. Ich habe mir das deutlich mitgeschrieben, was Herr Wunsch dort gesagt hat, und werde das noch mal für mich durchdenken und auch mit den anderen KPI-Leitern besprechen, wie wir da vorgehen können. Was ich gut fand auch aus NRW, sind die anlassunabhängigen Gespräche durch die Polizeiseelsorge. Die haben wir, also wir haben die die Seelsorge im Land. Wir haben uns schon mal angeguckt, wir werden das mit den beiden mal besprechen. Frau Innemann ist ja neu, Herr Cremer kommt ja jetzt erst zum 1. Juni, dass wir da auch noch mal ein bisschen Dreif reinbringen und die beiden noch mal gewinnen, auch anlassunabhängige Gespräche, einfach so mal in der Dienststelle aufzutauchen, um Gespräche durchzuführen. Das greifen wir gerne auf und ich glaube, da ist auch keiner, der da irgendwas gegen hat. Die flexiblen Entscheidungen, Sie hatten gefragt, wegen Kuren im Land, also Kuren, die jetzt aufgrund dieser Belastung entstehen. Die Verwaltungsvorschrift Prävention und Nachsorge trifft dafür ja auch entsprechende Vorkehrungen und unser Polizeiärztlicher Dienst ist da auch mehr als flexibel. Also die Polizei nimmt diesen Arbeitsgegenstand sehr wohl wahr, gerade aufgrund auch der Entscheidung des Parlaments, der Verwaltungsvorschrift. Und sofern dort jemand sagt, ich brauche jetzt eine Kur, dann bekommt er die

auch. Also das ist nicht so, dass wir das nicht haben, sondern das wird auch gewährleistet. – Vielen Dank!

Vors. **Ralf Mucha**: Vielen Dank, Herr Haack. Herr Gäfke, wollen Sie noch ergänzen, weil Sie direkt angesprochen wurden zu der Ausstattung? – Danke!

Stephan Gäfke: Ja, vielleicht so ein bisschen was zu Techniken noch. Also momentan ist es so, dass alle KPI'n und auch das LKA jeder so ein bisschen so für sich erst mal arbeitet technisch gesehen und nicht wirklich vernetzt ist miteinander. Na klar, gibt es so ein Polizeinetz intern, aber so ein Auswertenetz Fehlanzeige. Also da muss man tatsächlich noch Datenträger hin- und herschicken, die natürlich vorher verschlüsselt werden, um dann bewertetes Material zu versenden. Also da ist auf jeden Fall noch ganz viel Luft nach oben, um auch so diesen zusammenwirkenden Gedanken vielleicht so ein bisschen nach vorne zu bringen und so ein bisschen auch den Teamgeist zu stärken und dann vielleicht auch für die gemeinsame Sache in einem gemeinsamen Netzwerk, wo man gemeinsam auswertet, zu wirken. Das fehlt, da muss auf jeden Fall noch Gas gegeben werden.

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Herr Gäfke. – Herr Wunsch dazu.

Ingo Wunsch: Ja, ich erlaube mir das einfach mal, weil so drei Punkte mich einfach noch umtreiben: Also Auswertenetzwerk, Neiddebatte und Krankenschein. Das sind so drei Stichworte, da würde ich gerne noch mal so aus Sicht von NRW und aus eigenen Erfahrung heraus noch was zu sagen. Also wir haben in Nordrhein-Westfalen als Flächenland mit 47 Kreispolizeibehörden ein Auswertenetzwerk tatsächlich aufgebaut in so einem Forensik-Desktop. Das heißt, wir können kollaborativ arbeiten, wir können am gleichen Fall arbeiten, von Höxter bis nach Borken unter Einbindung des LKA. Also eine solche technische Fortentwicklung kann ich auch nur anraten, dass man die entwickeln muss. Aber auch da sage ich sehr deutlich, dafür haben wir sehr, sehr viel Geld in die Hand nehmen müssen in Nordrhein-Westfalen natürlich aufgrund unserer sehr, sehr großen Polizeibehördenstruktur, die wir da einfach haben. Aber das ist, glaube ich, ein Muss und das ist auch wirklich ein Mehrwert, der bei den Kolleginnen und Kollegen sofort ankommt. Und auch auf einem Forensik-Desktop kann man Software aufspielen, die als Werkzeuge hervorragend zu nutzen sind. Damit schafft man

im Übrigen auch einen guten Standard. Neiddebatte, das wollte ich nur noch mal aufnehmen. Also es gibt in Nordrhein-Westfalen bezogen auf die Kolleginnen und Kollegen, die Missbrauchsdarstellungen bearbeiten, keine Neiddebatte. Und warum, also die Frage haben wir uns auch vorher gestellt, könnte das passieren? Warum ist das so? Weil ich glaube, wie Sie in der Politik, wie die Öffentlichkeit, wie aber auch wir als Polizei von den tatsächlichen Inhalten in der Quantität, aber vor allem der Qualität des Schreckens, den man im Kontext von Missbrauchsdarstellungen erleben muss, ist, glaube ich, das allen deutlich geworden. Also wir haben es ja geschafft, dieses Thema aus dem Tabu herauszuziehen in Nordrhein-Westfalen und sehr stark in die Öffentlichkeit zu treiben und deutlich zu machen, was eigentlich Missbrauchsdarstellungen sind. Und wenn ich Sie, Frau Landtagsabgeordnete, ich glaube, Frau Tegtmeyer, Sie waren das eben, richtig gehört habe, dass Sie auch im LKA gewesen sind und das selber sich mal angeschaut haben, haben wir das im Innenausschuss Nordrhein-Westfalen auch gemacht, weil darüber war, glaube ich, den Menschen, die sind auch alles Menschen, erst mal klar geworden, worüber unterhalten wir uns eigentlich, was ist das eigentlich. Ich glaube, die Vorstellungskraft war vorhin vielleicht nicht so da. Leider kann ich Ihnen auch sagen, um das sehr deutlich zu machen, auch meine Vorstellungskraft, das, was man Kindern antun kann, ist nicht am Ende. Ich werde immer wieder neu überrascht, was es für Horrorszenarien geben kann. Und ich glaube, das ist so unendlich leider wie das Weltall. Also von daher genau richtig. Und diese Neiddebatte halt eben nicht bei der Polizei Nordrhein-Westfalen, weil die Kollegen und Kolleginnen der Polizei insgesamt auch damit einen Einblick bekommen haben, was passiert da eigentlich in dieser Welt, in dieser furchtbaren Welt des Internets und was kann man Kindern antun und damit die Kolleginnen und Kollegen, die das machen, einen ganz anderen Stellenwert innerhalb der Polizei haben. Das waren früher wirklich die, geht ihr wieder Bilder gucken, seid ihr wieder da und schaut euch wieder Videos an und Ähnliches. Das war schon mit ein bisschen Häme vielleicht so ein bisschen. Das hat sich völlig aufgeräumt bei der Polizei in Nordrhein-Westfalen. Die Kolleginnen und Kollegen haben einen sehr hohen Respekt vor denen, die das machen müssen, weil es halt eben nicht jeder machen kann und machen will. Also deshalb keine Neiddebatte, würde ich auch nicht befürchten. Krankenschein: Also der Kollege, die Kollegin, die aus diesem Sachgebiet zu einem Arzt geht und sagt, ich brauche eine Auszeit, weil ich komme damit nicht mehr klar, lösen wir aus dem Arbeitsbereich raus. Geht gar

nicht anders, wird sofort rausgelöst. Deshalb der Krankenschein gibt es nicht. Die Kollegen würden auch sofort anstreben, aus dem Arbeitsbereich herauszugehen. Auch das bieten wir an. Ich kann wirklich nur noch einmal einen Blick auf Gesunderhaltungskuren und Vorsorgekuren hinweisen, den Gedanken zu verfolgen. Und ich kann auch nur noch mal bewerben, es sind die kleinen Auszeiten, die eine Rolle spielen für die Kollegen und Kolleginnen. Das ist an einem Tag, die gucken sich das gleiche Video mit dem gleichen Ton jeden Tag an, weil es viral im Netz unterwegs ist. Und dann gibt es einen Tag, wo die Kollegin den Ton ausmacht und mir sagt bei einer Vorführung vom Landtag, ich habe heute den Ton ausgeschaltet, weil heute triggert er mich. Ich habe den hundertmal schon gehört, wenn das Kind geschrien hat, heute kann ich das nicht hören. Und dann nimmt sich die Kollegin für diesen Moment in Anführungsstrichen eine Auszeit, indem sie sich selber abmeldet. Und genauso will ich auch, das darf man ja eigentlich so nie in eine Regelung reinschreiben, machen Sie einen Spaziergang, gehen sie raus, gehen sie einen Kaffee trinken und machen, was sie wollen, aber wagen sie es nicht, sich unten auszustempeln. Dass sie rausgehen und Kaffee trinken gehen, das ist Gesunderhaltung, das ist Dienst. Und ich glaube, dass es dieser kleine Moment ist und diese Gesten in Richtung dieser Kolleginnen und Kollegen, was ein deutlicher Mehrwert ist als ein Sonderurlaub, den man nehmen kann oder nicht nehmen kann. Ich habe da leider eine sehr festgefahrene Meinung.

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Herr Wunsch. – Herr Schröder.

Maik Schröder: Schönen Dank, Herr Wunsch, für Ihre Ausführungen. Ich werde da gleich noch mal ansetzen, nämlich gerade bei der Gesunderhaltung und den Gesundheitskuren. Das ist mir vorhin untergegangen, ich wollte es definitiv auch erwähnt haben. Die Gesundheitskuren, also die Kuren, sind tatsächlich doch nicht ganz so einfach zu kriegen, aber weil das gesamte System in Deutschland gerade so ist mit Ablaufen von Corona, Nichtmöglichkeit und der jetzt vollen Kureinrichtung. Also man kommt bekommt leider nicht, wenn insbesondere ärztlich initiiert, sofort eine Kur. Das nehmen wir auch gerade in einem Fall wahr. Da sind wir aber im engen Austausch mit dem Polizeipsychologischen Dienst, die im Übrigen auch von den Supervisionsgesprächen, das fehlte mir vorhin noch, eine Rückmeldung bekommen und dann, wenn Handlungsspielraum ist, mit mir als Vorgesetzter in Kontakt treten. Und zu den Gesundheitser-

haltungskuren, die andere Bundesländer ja auch in anderen Bereichen haben als Präventionskuren, das wäre tatsächlich ein sinn- und zielführender Baustein auch in dem Deliktsfeld, das präventiv als Präventivkuren anzubieten in einem gewissen vorgeschriebenen Turnus, losgelöst von allen Kuren, die man sonst macht, für drei Wochen raus, nach drei Jahren oder wann auch immer, was man festlegt, da wirklich sich noch mal resetten, weil, so wie Herr Wunsch sagt, wenn ich mit dem Arbeitsgegenstand nicht mehr klar komme, dann komme ich mit dem nicht klar, also wenn es über das eine Mal hinausgeht, dann muss ich aus dem Bereich raus. Das ist auch jedem so bekannt, das ist uns Vorgesetzten bekannt, den Mitarbeitern. Deswegen teile ich die Auffassung auch der Darstellung mit dem Krankenschein von Herrn Schumacher so nicht. Aber diese Kuren, diese Präventionskuren, ich glaube, die bewegen noch viel mehr als das, wovon wir jetzt hier gerade reden, von drei bis vier Tagen Sonderurlaub im Jahr. – Danke schön!

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Herr Schröder. Ich glaube, Herr Schumacher möchte da gerne zu ergänzen.

Christian Schumacher: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Vielleicht habe ich mich verkehrt ausgedrückt oder wurde falsch verstanden. Ich versuche es noch mal klarer zu formulieren. Die Kollegen feiern nicht krank, um das ganz deutlich auszusprechen. Die sind extremst intrinsisch motiviert. Aber, wie Herr Wunsch auch gesagt hat, sie brauchen kleine Auszeiten. Und wenn wir hier drei ideale Führungskräfte vor Ort haben, die das immer im Blick haben und sagen, jetzt nimm dir mal die Zeit und jetzt stempel dich mal nicht aus, dann ist das toll. Aber ich glaube nicht, dass wir das flächendeckend haben. Und ich kann nur an Sie appellieren, vertrauen Sie den Mitarbeitern, Sie vertrauen ihnen und sagen, sag es mir direkt, Herr Wunsch, und dann können Sie sich freinehmen. Sonderurlaub, da machen die nichts anderes, entweder sie nehmen es oder sie nehmen es nicht. Auch bei Sonderurlaub, das ist ja nicht nur jetzt etwas komplett Neues, gibt es durchaus die Möglichkeiten der unterschiedlichsten Ausgestaltung, stundenweise nehmen, tageweise nehmen. Es gibt durchaus unterschiedliche Möglichkeiten, das Ganze glatt zu ziehen. Aber noch einmal die Aussage, bitte nicht missverstehen, mir geht es um Prävention. Mir geht es darum, dass die Kollegen eben nicht krank werden. Es geht mir genau wie Ihnen und allen hier im Raum darum, dass die Kollegen Vorsorgetätigkeiten machen können. Und da halte ich

Sonderurlaub als eine von vielen Möglichkeiten als notwendig an. Möchte aber noch mal auf ein Thema, was mir jetzt hier immer noch in der Diskussion ein wenig zu kurz kommt, NRW hier als beispielgebend im Tarifbereich, toll, super Tarifvertrag der Länder, liegt eben auch in den Hoheiten der Länder für die einzelnen Länder, Ausgestaltungsmöglichkeiten sind gegeben. Wir haben Tarifbeschäftigte, die momentan – und das ist leider Fakt – nicht von den Regelungen der Erschwerniszulage profitieren, die auch nicht bei einer Sonderurlaubsverordnung für Beamte partizipieren würden. Das möchte ich einfach noch mal deutlich hervorheben, weil wir diskutieren vielfach über Beamte und wir sollten gerade Menschen im Tarifbereich, die eben nicht wie in NRW in der EG 11 sind, sondern teilweise in der EG 6 sich befinden, nicht aus dem Blick verlieren. – Danke!

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Herr Schumacher. Ich guck mal zu Frau Oehlich. Ich glaube, in meinen Mitschriften müssten Ihre Fragen soweit alle aufgearbeitet sein. Dann gestatten Sie mir noch eine Anmerkung oder eine Nachfrage. Als diplomierter Sozialpädagoge kräuselten sich bei mir die Nackenhaare, wenn ich höre verpflichtende Supervision. Ich hoffe, das bezieht sich, ich gucke mal in Richtung LKA und KPI, nur auf die Teamsupervision, nicht auf Einzel oder solche Sachen. Also dann würde ich vehement mein Veto dagegen einlegen. – Herr Schröder.

Maik Schröder: Ich kann es aufklären, also die Gruppensupervision, die Einzelsupervisionen sind ja auf Antrag des Mitarbeiters.

Vors. **Ralf Mucha**: Dann kann ich sehr gut damit leben und fahre in meiner Rednerliste fort. – Herr Wulff.

Abg. **David Wulff**: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Vielen Dank an die Experten hier auch für die Ausführungen. Das ist jetzt zugegebenermaßen nicht nur für die Polizeibeamten und -beamtinnen, die diesen Job ausführen, extrem schwierig, sondern, ich glaube, wir hier in dem politischen Raum, die ja eigentlich nur von der Seitenlinie gucken, umso schwerer, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. In meiner Erfahrung ist es durchaus auch so, dass man vielleicht, einfach mal aus dem Rettungsdienst grob gesprochen, mal so „ab den Arm“ bei Erwachsenen ist. Das ist natürlich irgendwie immer schlimm, aber zu verkraften. Und sobald Kinder im Spiel sind, ist das sofort ein

völlig anderer Zustand. Ich kenne das auch von befreundeten Strafverteidigern, die dann auch das, was von der Polizei ermittelt wird, dann als Pflichtverteidiger im Zweifel vermitteln müssen. Auch da die Erfahrungsberichte, sobald Kinder im Spiel sind, ist das eine unerträglich hohe Belastung. Deswegen vielen Dank hier noch mal für die Ausführungen. Ich hoffe, dass der Staatssekretär auch sehr gut aufgepasst hat und geguckt hat, was man im Ministerium von den Anregungen hier noch alles mitnehmen kann. Ein Großteil meiner Fragen wurde jetzt ja doch recht ausführlich in der Diskussion schon beantwortet. Eine Frage hätte ich allerdings doch noch, was das Thema der Sonderzulage angeht, zum Thema Ruhegehaltsfähigkeit: Wäre das eine Debatte wert, dass diese Zulage, also diese Erschwerniszulage, also auch ruhegehaltsfähig ist oder wäre das hier an dieser Stelle eine Debatte, die weniger zielführend ist? Das frage ich einfach mal in die Runde. – Danke sehr!

Vors. **Ralf Mucha**: Also ich sehe jetzt gerade nicht den direkten Zusammenhang, weil da gibt es einen Antrag, ich glaube, auch der Fraktion der CDU zur Ruhegehaltsfähigkeit von Sonderzulagen. Ich glaube, du warst in der letzten Sitzung nicht dabei und hast das mitbekommen. Aber ich kann ja mal in die Runde gucken. Du möchtest noch ergänzen, ja?

Abg. **David Wulff**: Ja, um den Zusammenhang einfach darzustellen, weil wir probieren ja hier das Thema Sonderurlaub gerade in dem Bereich. Das macht ja die Diskussion, okay, was können wir im Zweifel noch tun, also ist es Sonderurlaub oder die Erschwerniszulage. Das war ja irgendwie ein Vorschlag. Wir diskutieren ja hier auch über das Thema, ob wir da noch mal Kuren irgendwie gesondert mit anbieten können oder nicht oder was wir noch an Maßnahmen mit drin haben. Deswegen wäre das jetzt genau für den Bereich. Ich weiß, an anderer Stelle haben wir das Thema halt auch einmal, aber ob das separat genau für dieses Thema hier für die Beamten, die das Ganze ausüben, auch noch eine Relevanz hat. Wenn jetzt hier die einhellige Meinung ist, wenn dann müssen wir das allgemein angehen oder das macht halt nichts oder die Erschwerniszulage ist irgendwie ausreichend, dann ist das ja auch okay, dann kann ich auch mit der Antwort leben.

Vors. **Ralf Mucha**: Also ohne die Voten der Experten hier zu kennen, kann ich mir vorstellen, dass das grundsätzlich ein Thema ist. Und wir haben ja Beispiele dafür

bekommen hier, was man machen kann anstatt Sonderurlaub und in welcher Form. Da ist die Ruhegehaltsfähigkeit und bei Gleichbehandlung, Neiddebatten und was wir alles gehört haben, glaube ich, müssen wir in einem anderen Kontext diskutieren und über alle Sachen reden. Da ist der Schutzpolizist genauso gefragt, der Zulagen bekommt, wie der Kollege im SEK. Und ich sehe zustimmendes Nicken. Ich glaube, wenn ich die Debatte jetzt aufmache Ruhrgebietsfähigkeit, ich weiß auch, was die Gewerkschaft dazu für eine Einstellung hat, weil es ja auch die einen oder anderen Vorgespräche dazu gegeben hat. Das möchte ich jetzt ungern machen. Wenn Sie damit einverstanden sind, würde ich das dann bei dem Antrag mit debattieren. – Dann gerne noch mal Herr Wulff.

Abg. **David Wulff**: Vielleicht können sich ja die Kollegen kurzfassen und sagen, ja, hilft oder hilft nicht. Also ich will jetzt die Debatte nicht groß aufmachen, ich hätte aber schon ganz gern eine Antwort auf meine Frage.

Vors. **Ralf Mucha**: Aber, Herr Wulff, ganz ehrlich, ja, es hilft. Dann sage ich, natürlich hilft das die Ruhegehaltsfähigkeit. Also um es attraktiver zu machen, sage ich als Vorgesetzter, also ich kann mir vorstellen, wer hier welche Meinung vertritt. Aber wir sollten das, wenn dann, im Gesamtkontext debattieren und, wie gesagt, über alle Zulagen, die wir erteilen, weil wir reden dann über Ruhrgebietsfähigkeit von Zulagen. Also, wie gesagt, ich möchte das ungern. Aber Sie können gerne noch mal begründen und dann kriegen wir vielleicht eine kurze Antwort hin.

Abg. **David Wulff**: Also die Frage ist, lassen Sie jetzt meine Frage nicht zu?

Vors. **Ralf Mucha**: Ich würde die ungerne zulassen jetzt. Das habe ich damit zum Ausdruck bringen wollen, um nicht eine neue Debatte aufzumachen zu einem Antrag, den wir noch beraten.

Abg. **David Wulff**: Ich hätte ganz gern die Frage nicht von Ihnen, sondern von den Experten beantwortet. Wenn Sie die Frage nicht zulassen, dann ist das so, dann müssen wir das im Nachgang noch mal auswerten.

Vors. **Ralf Mucha**: Gut, Herr Wulff, dann gucke ich mal in die Runde und frage, ob es irgendetwas gerne antworten möchte.

Ingo Wunsch: Vielleicht könnte ich aus NRW darum bitten.

Vors. **Ralf Mucha**: Herr Wunsch, ja, gerne.

Ingo Wunsch: Die Frage können Sie jetzt nicht auf diese Erschwerniszulage stellen, die können Sie nur auf das gesamte Zulagenwesen legen. Und damit verlassen wir den hiesigen Diskussionsbereich.

Vors. **Ralf Mucha**: Danke, Herr Wunsch. Das ist, glaube ich, das, was ich auch gesagt habe. Reicht Ihnen das zum ersten Mal, Herr Wulff?

Abg. **David Wulff**: Ja, gut. Ich wollte die Frage nicht vom Vorsitzenden beantwortet bekommen.

Vors. **Ralf Mucha**: Dann fahre ich in der Rednerliste fort. – Frau von Allwörden ist dran.

Abg. **Ann Christin von Allwörden**: Ja, herzlichen Dank. Zunächst einmal freue ich mich total, dass die Anhörung immerhin jetzt schon Ergebnisse erzielen konnte. Dass sich LKA und KPI austauschen konnten mit NRW und da schon so ein paar Ideen aufgenommen werden, finde ich großartig, die dann vielleicht ja auch umgesetzt werden können, um das Arbeitsfeld zu verbessern. Ich denke, das ist auch einer der wichtigsten Punkte mit, dass es den Mitarbeitern zumindest im Alltag des Arbeitens gut geht. Dafür muss die Dienststelle sorgen, natürlich auch das Innenministerium mit, also sind alle im Boot. Finde ich großartig, dass sie das gleich aufgenommen haben. Nur noch mal eine ganz kleine Frage, weil ich eben verstanden habe, es ist manchmal schwierig, Termine zu bekommen für die individuellen Supervisionen, weil die Gesprächspartner, also die Seelsorger, die das machen, auch oft zu viele vielleicht haben oder nicht verfügbar sind, weil sie andere Aufgaben haben. Meine Frage ist: Gibt es auch ausgebildete Polizeibeamte, die im Bereich der psychischen, na, wie soll man es sagen, kann man ja nicht, sind ja keine ausgebildeten Psychologen oder Psychotherapeuten, sondern es gibt doch innerhalb der Landespolizei oder gab es zumindest

mal, meine ich, zumindest Polizeibeamte, die sich in diesem Bereich schulen lassen können, um vielleicht so im ersten Moment, wenn mal irgendetwas aktiv da ist ein Problem, mal einspringen können, um zu sagen, Mensch, lass uns mal reden, ich bin da ein bisschen geschult, was die Psyche angeht? Gibt es da eine Möglichkeit?

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Frau von Allwörden. Also ich weiß, dass das, was Sie meinen, ist diese sogenannte PSNV, psychosoziale Notfallvorsorge, die wir im Bereich des Katastrophenschutzes schon aufgebaut haben, die auch aktiv unterstützen und einsatzbereit sind. Aber ich gebe die Frage gerne weiter. Das Problem bei den Supervisoren ist, das erleben wir als Träger der Freien Jugendhilfe ja auch täglich, es ist wirklich schwer, ausgebildete Supervisoren zu finden. Das ist echt ein Problem. Und die, die man findet, die kosten dann auch richtig, richtig gutes Geld, was auch berechtigt ist, um das mal zu sagen. Aber ich gebe die Frage gerne an Herrn Haack weiter.

Falko Haack: Genau, wir haben uns gerade abgestimmt, Herr Schröder ergänzt gleich noch. Richtig ist, dass wir die PSNV haben oder die SPI, so heißen sie bei uns, die extra dafür ausgebildet sind für alle Lagen, die belastend sind, also nicht nur für diesen besonderen Bereich. Die sind auch ad hoc zur Verfügung, auch 24/7 erreichbar, so dass wir jederzeit jeden Mitarbeiter auch entsprechend seelsorgerisch betreuen können. Ich habe die Aussagen von unserem Polizeipfarrer Hanns-Peter Neumann gut im Ohr, der sehr, sehr gut ausgebildet ist und auch einer dieser Mitarbeiter beim SPI-Team ist, der jetzt in Pension demnächst geht, der sagt, er selbst ist auch kein Supervisor, er könnte das auch gar nicht. Also er kann das vielleicht anmoderieren, dorthin leiten, aber er traut sich selber aufgrund seiner jahrelangen Erfahrung nicht zu, eine Supervision konkret durchzuführen. Und Supervisoren müssen ausgebildet sein und das Netz der Supervision in Mecklenburg-Vorpommern ist klein. Das ist definitiv so. Und wenn wir die Listen durchgehen, was wir ja gegangen sind, und telefonieren links und rechts, und versuchen, dort Termine zu bekommen, ist das wirklich äußerst schwierig, weil auch ganz viele andere Bereiche, die Jugendämter, die freien Träger et cetera, die brauchen alle genau die gleichen Menschen, wo Supervision durchgeführt wird und da hindert das. Aber zur Ausbildung von Polizeibeamten sagt Herr Schröder was.

Vors. **Ralf Mucha**: Ja, schönen Dank, Herr Haack. Vielleicht kann Herr Schröder auch noch mal ergänzend für die Kolleginnen und Kollegen, die nicht so organisationsaffin sind, was für SPI-Beamte sind. Also wir arbeiten ja gerne mit Abkürzungen, SKB, SbE, KDD, aber vielleicht können Sie das in Ihrem Redebeitrag noch mit einfügen, Herr Schröder.

Maik Schröder: Wir haben neben den dargestellten Beamten, die bei allen psychisch belastenden Situationen ansprechbar sind, vermittelt werden über die Leitstellen, über den Polizeipsychologischen Dienst dort sind, also das ist die Stelle, über die dann verteilt wird, sind die Beamten erreichbar zu jedem Ereignis. Darüber hinaus gibt es ein Netzwerk innerhalb der Landespolizei von sogenannten SAP'n, also sozialen Ansprechpartnern, also Kollegen für Kollegen, die vorgebildet sind, Erstgespräche führen können, eigentlich für sofort schädigende Ereignisse, also herausragende Ereignisse, aber auch ansprechbar für Mitarbeiter, die das Gespräch suchen, aus den Ansprechstellen oder von den KPI'n aus dem Kinderpornografiebereich. Darüber hinaus der Supervisor, also die, die wir gefunden haben, wir haben jetzt einen Plan und die meisten KPI'n auch, nicht alle, weil in allen Bereichen sind die Supervisoren nicht so vertreten. Ich persönlich kenne aber den neu zugewonnenen Polizeiseelsorger, Herr Cremer, der zum Ende Mai zu uns stößt. Er ist auch ausgebildeter Supervisor, also neben SbE, was Herr Neumann hatte, auch Supervisor, ist dafür nicht eingekauft, aber man kann genau das gut kombinieren, dass man eine zusätzliche Möglichkeit dann in der Polizei hat. Ausgebildete Polizisten zu Supervisoren kenne ich nicht, ich wüsste auch nicht, ob die dann noch Polizisten wären, weil tatsächlich ist das ein deutlich anderer Stundensatz. Und das können wir auch, glaube ich, gar nicht leisten. Aber über die sozialen Ansprechpartner haben wir ein gutes Netzwerk geschaffen, dessen man sich bedienen könnte.

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Herr Schröder. Dann fahre ich der Rednerliste fort. – Herr Noetzel.

Abg. **Michael Noetzel**: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Sie haben, glaube ich, fast alle durchweg Führung angesprochen und wie wichtig das in diesem Bereich ist. Und das leuchtet, glaube ich, auch jedem ein, wenn das Klima nicht stimmt, dann belastet das natürlich zusätzlich. Deswegen können Sie das auch gerne kurz beantworten. Meine

Frage ist, ob Sie dort noch irgendwelche Sachen sehen, wo Sie denken, da könnte man noch nachsteuern, das würden Sie sich noch wünschen? Also vielleicht Sie als Vorgesetzter oder auch an die Gewerkschaften dann die Frage, ob Sie da noch irgendwo Luft nach oben sehen? Und, Herr Schumacher, das glauben, dass das nicht überall so ist, das hilft dann sozusagen in dem Fall nicht weiter, sondern wenn es konkrete Sachen gibt, wo Sie sagen, hier bedarf es vielleicht noch eine Nachsteuerung, dann wäre das jetzt vielleicht hier der Ort, das noch mal zu sagen, um vielleicht auch in dem Bereich dann noch was bewirken zu können. Und gerne, Herr Wunsch, wenn Sie eine Idee haben oder wenn Sie sagen, bei uns in NRW machen wir etwas Besonderes, vielleicht auch in diesem Bereich, können Sie sich dazu gerne auch noch mal äußern. – Danke!

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Herr Noetzel. Dann gucke ich mal in die Runde. Herr Schumacher, vielleicht als Erster, der dann aus Glauben Wissen macht.

Christian Schumacher: Danke, Herr Abgeordneter Noetzel, für die Frage. Ich mache das jetzt mal an konkreten Sonderurlauben für gewerkschaftliche Tätigkeiten fest. Darüber reden wir ja nicht. Wir reden jetzt ja über Sonderurlaub für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bereich der Kinderpornografie.

Abg. **Michael Noetzel**: Entschuldigung, wir reden über Führung.

Vors. **Ralf Mucha**: Herr Noetzel, Moment.

Abg. **Michael Noetzel**: Nicht, dass es eine falsche Antwort auf eine Frage wird. Wir reden über Führung.

Christian Schumacher: Gut, ich versuche die erste Frage zu beantworten zum Thema Sonderurlaube, ob Sonderurlaube immer genehmigt werden oder ob Führung immer Sonderurlaube genehmigt. So habe ich die Frage erst einmal aufgefasst, vielleicht auch verkehrt. Ich will Ihnen nur sagen, es gibt Anträge, die von Führungskräften nicht bewilligt werden. Das hat unterschiedliche Gründe. Ein wesentlicher Grund ist immer die personelle Situation der Dienststelle. Das ist immer ein wesentlicher Grund.

Und der zweite Grund ist auch, dass man bestimmte Themen als nicht so wichtig ansieht. Das ist das, was ich praktisch erlebe und meine Kolleginnen und Kollegen dort draußen auch. Zum Thema Führung, ja, es wäre illusorisch zu sagen, dass wir die ideale Führung im gesamten Bereich der Landespolizei hätten. Wir sind da in einem stetigen Prozess. Auch da gibt es ja auch inzwischen implementiert die Möglichkeiten des Führungs- und Teamfeedbacks, um Führungskräften ganz bewusst zu spiegeln, wo Mitarbeiter die Defizite sehen. Ich werde jetzt hier und heute auch keine konkreten Namen oder Sachverhalte nennen, weil es gibt innerhalb der Polizei und auch innerhalb der Gewerkschaft und auch der Ehrenämter, wie Personalräte, genug Möglichkeiten, diese Themen dort auch anzusprechen.

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Herr Schumacher. – Herr Haack.

Falko Haack: Die Auswahl von Vorgesetzten, gerade in dem Bereich der Fachkommissariate und insbesondere Fachkommissariate 1, die erfolgt, nicht glaube ich, sondern weiß ich, sehr, sehr professionell. Also sie müssen da schon resettet sein, um diesen Arbeitsgegenstand, da gehört ja nicht nur die Bekämpfung Kinderpornografie dazu, sondern auch Sexualdelikte, Tötungsdelikte, Delikte durch Ärzte begangen et cetera im Gesundheitswesen, die sie da aufarbeiten müssen. Und da müssen sie auch ziemlich gesettelt sein. Die FK-Leiter und -Leiterinnen, die ich kenne, die haben entsprechenden Erfahrungshintergrund, werden auch entsprechend geschult, führungs-geschult und da müssen auch wir als KPI-Leiter, die noch einmal oben drüber sitzen, noch mal ein besonderes Augenmerk darauf haben. Und dazu zählen dann auch die geschickten Gespräche mit den Mitarbeitern am Vorgesetzten vorbei. Und das nehme ich mir auch heraus logischerweise, um zu fragen, wie geht denn dein Vorgesetzter mit dir um. Anders kann es ja nicht funktionieren, um da auch richtig zu reagieren. Und Herr Schumacher hat es angesprochen, das Führungs- und Teamfeedback ist implementiert, das läuft gut. Und Sie fragten ja konkret, sehen Sie noch Luft nach oben in Sachen Führung. Außer ein konkretes Auge darauf zu haben, kann ich die Frage mit Nein beantworten.

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Herr Haack. Dann fahre ich fort. – Herr Lange. Herr Schröder würde gerne noch ergänzen. Ja, gerne, Herr Schröder.

Maik Schröder: Als Dezernatsleiter der Ansprechstelle Kinderpornografie würde ich gerne ergänzen. Wir haben im Bereich Führung, also habe ich drei Sachen, die ich mir aufgeschrieben habe. Noch mal einfürend, ich führe das Dezernat Cybercrime mit der Ansprechstelle Kinderpornografie. In der Ansprechstelle Kinderpornografie ist aber auch noch mal eine Führungsebene eingezogen. Also habe ich eine Leiterin Ansprechstelle für Kinderpornografie, die noch mal dichter an den Mitarbeitern dran ist, obwohl ich dann auch noch mal sensibler bin als bei allen anderen Mitarbeitern in meinem Bereich aufgrund des Deliktfeldes. Also da haben wir führungsmäßig was getan. Wo ist die Luft nach oben da? Die sehe ich tatsächlich. Ich führte sie auch schon mehrfach an. Herr Wunsch hat es für NRW auch noch mal dargestellt. Die Belastung der Mitarbeiter, die ich als Führungskraft wahrnehme, sind die Halden, die wir haben, die zunehmenden Vorgänge, die wir haben, die auch nicht nachlassen werden. Wir haben viel getan in dem Bereich und haben Leute in die Funktion gebracht, aber es fehlen nach wie vor Stellen, also Personal, die die Vorgänge abarbeiten, weil genau das ist das, was die Mitarbeiter belastet, dass dort Halden liegen, wo Material drin sein kann. Das wiederhole ich sehr gerne. In dem Zusammenhang rede ich nicht nur von den 6.200 Stellen, die wir mit PVB in Kürze so füllen, wie wir sie gerade füllen, nämlich gut oder eben schlecht, je nachdem, wie man das betrachtet. Aber den Bereich zu öffnen, beispielsweise für Tarifbeschäftigte, den wir in Mecklenburg-Vorpommern nicht haben, der in NRW oder in anderen Bundesländern aber gelebte Praxis ist, diesen zu betrachten, zu beäugen und vielleicht dort einen richtigen Weg zu finden, entsprechende Stellen mit Tarif zu besetzen, die genau in dem Deliktsfeld auch tätig sind und somit die dort vorhandenen entlasten. Und die Schaffung von Gleichheit für alle Tarifbeschäftigten, die wir im Bereich schon haben in M-V, die tätig sind, sodass die auch eine Erschwerniszulage bekommen, die 100 Euro, die wir monatlich zahlen. – Danke!

Vors. **Ralf Mucha:** Schönen Dank, Herr Schröder. – Herr Wunsch.

Ingo Wunsch: Herr Noetzel hatte mich auch angesprochen für NRW. Also ich schiebe eigentlich meine Schlussfolgerung nach hinten. Die beste Führungskraft ist die, die es immer schafft, im Erfolg, im Misserfolg und in schwierigen Zeiten Mensch zu bleiben. Wenn Sie das beherrschen, dann kann Ihnen gar nichts passieren. Das Einzige, was uns da immer so ein bisschen im Weg steht als Führungskraft ist, dass wir selber Menschen sind und nicht immer gleich drauf sind. Wir machen auch Fehler und haben auch

mal einen schlechten Tag und Sonstiges, dessen muss man sich auch bewusst sein. Ich habe ein Haus mit 1.900 Menschen knapp und mir ist einfach wichtig, dass es eine Führungsphilosophie gibt, die bei mir anfängt, die sich ins Haus durchträgt. Und von daher haben wir hier im Haus eingeführt, und das ist für mich vielleicht ein bisschen Empfehlung, weil das kostet zwar viel Zeit, aber es bringt enorm viel, Führungsdialog. Es gibt also keine Führungskraft in diesem Haus, die sich nicht in einem Führungsgespräch mit mir auseinandersetzen muss in Kleingruppen. Das ist einfach so. Und wir haben ein Führungsforum eingerichtet, in dem wir sehr kritische und schwierige Führungsthemen, abteilungsübergreifend und hierarchieübergreifend, also da spricht ein Abteilungsleiter oder Behördenleiter mit einem Sachgebietsleiter im gehobenen Dienst A 12. Das ist völlig egal. Und dann werden dort Themen bewegt, wie Motivation, Führung auf Distanz, was Homeoffice angeht, aber auch – und das ist auch so ein Punkt, den ich gerne bewerbe, der Begriff mag so ein bisschen irritieren, hat auch mein Ministerium irritiert –, wir haben bei uns auch im Rahmen dieses Führungsforums sogenannte Fuckup Nights durchgeführt. Das heißt, Führungskräfte, angefangen bei mir, stellen sich einem solchen Forum und erklären, wo sie mal richtig voll daneben gegriffen haben, was das mit einem selber gemacht hat und was das für Folgen, vielleicht Organisation fürs Umfeld, gehabt hat. Um sich einfach einander ehrlich zu machen, wir sind und bleiben immer alle Menschen und Polizei ist ein Bewertungsberuf und im Bewertungsberuf passieren halt eben Dinge, die man vielleicht als Fehler bezeichnen könnte, vielleicht waren sie aber auch richtig zu dem Zeitpunkt der Entscheidung und haben sich danach als vielleicht falsch herausgestellt. Also von daher Schlussformel noch einmal: Immer Mensch bleiben ist das Einfachste, was geht. Und ich glaube, dass wir insgesamt eine gute Führungsphilosophie haben. Und die beiden Kollegen, die ich aus Mecklenburg-Vorpommern jetzt wahrgenommen habe, entsprechen genauso meiner Führungsphilosophie. Macht Spaß, das zu hören.

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Herr Wunsch. – Herr Lange.

Abg. **Bernd Lange**: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Vielen Dank an die Sachverständigen, die einen umfangreichen Einblick gegeben haben. Ich muss sagen, bis zu meiner Pensionierung am 30.06.2021 war ich 40 Jahre lang Mitarbeiter dieser Polizei. Und ich stand auf dem Feld nicht daneben. Und ich muss auch dazu sagen, hier werden Bilder gezeichnet von Polizei aus den Anfangsjahren. Ich kann wirklich sagen, ich habe

die letzten 25 Jahre im Schichtdienst gearbeitet, sieben Tage die Woche, 365 Tage im Jahr. Das war mehr wie ein Heiligabend, den ich auf der Dienststelle verbracht habe. Und ob man das mit Dienst zu ungünstigen Zeiten, der am Heiligabend nicht gezahlt wird, und mit Zusatzurlaub für Nachtschichten ausgleichen kann, da habe ich meine echten Zweifel dran. Ich bin Herrn Haack sehr dankbar dafür, wie er geschildert hat, wie sich die Führungskräfte der Landespolizei verändert haben. Ich muss dazu sagen, es ist eine richtig gute Arbeitsatmosphäre entstanden bei der Polizei durch die jungen Kräfte, die jetzt nachwachsen und auch nachgewachsen sind und jetzt schon, ich sage mal, so richtige Führungskräfte darstellen. Und wir müssen hier wirklich fragen, dieser Sonderurlaub ist das eine Kann-Bestimmung oder ist das eine Ist-Bestimmung? Weil Sie sagten, also wird nicht genehmigt, Herr Schumacher. Also wenn es eine Kann-Bestimmung ist, dann ist das genehmigungspflichtig. Es ist eine Bestimmung, die da steht, dann muss sie genehmigt werden. Irgendwelche Leute doppelt zu belohnen für eine Tätigkeit, wie Herr Wunsch schon sagte, ist eigentlich nicht üblich. Wir können, ich sage mal so, mit den finanziellen Sachen was machen, aber noch einen Zusatzurlaub drauflegen, die Leute fehlen ja am Ende irgendwo. Die müssen ja auch irgendwie wieder personell ersetzt werden. Und die Arbeitsdichte nimmt ja nicht ab, die nimmt ja eher noch zu. Wir müssen wirklich hier mal ein Auge darauf haben. Und darum war ich auch sehr dankbar für den Antrag und ich habe in der Fraktion geworben, dass wir den hier auch richtig ausdiskutieren, weil auch viele Sachen drin sind, die Sinn machen. Ich sage mal, auf der Psychologieebene gibt es immer Luft nach oben. Auch in der Arbeitsumfeldgeschichte gibt es immer Luft nach oben. Aber wie gesagt, man muss auch mal Maß und Mittel finden. – Danke!

Vors. **Ralf Mucha**: Ich muss mich, glaube ich, ein bisschen zurückhalten, dass ich jetzt nicht mein Rechtsverständnis von Sonderurlaub erkläre. Die Frage war an Herrn Schumacher. – Herr Schumacher gerne.

Christian Schumacher: Danke, Herr Vorsitzender! Danke, Herr Abgeordneter Lange, für die Frage. Es gibt einmal Belastungen, die werden durch die Erschwerniszulagenverordnung abgerechnet. Sie haben verschiedene Beispiele angesprochen. Dann gibt es Sonderurlaub. Der Sonderurlaub existiert in unterschiedlichsten Formen, beispielsweise, vielen bekannt, Sonderurlaub aufgrund Erkrankung eines Kindes. Der

wird niemals infrage gestellt werden. Aber es gibt auch Sonderurlaube, die einer Kann-Bestimmung unterliegen. Demzufolge gibt es nicht den Sonderurlaub, sondern die Sonderurlaube in ihren unterschiedlichsten Facetten, die eben auch unterschiedliche Voraussetzungen beinhalten. Deswegen kann ich nur davor warnen, beides miteinander zu verknüpfen, also Sonderurlaube, Urlaube sind nicht dasselbe, genauso wie Urlaube und Erschwerniszulagen nicht dasselbe sind, genauso wie Funktionszulagen nicht vergleichbar sind mit Erschwerniszulagen. Also das sind alles unterschiedliche Paar Schuhe. Deswegen bin ich dankbar für Ihre Frage, weil in der Diskussion vielfach eine Überschneidung stattfindet in diesen Themen.

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Herr Schumacher. Ich bin gerade darauf aufmerksam geworden gemacht worden, wir haben im Anschluss ja die nächste Sitzung und wir müssen um 12:00 Uhr Wandertag einlegen, weil der Wirtschaftsausschuss hier tagt. Nur zu Ihrer Information. Ich habe jetzt noch Herrn Tadsen auf der Liste und würde Herrn Tadsen das Wort geben.

Abg. **Jan-Phillip Tadsen**: Herr Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Vielen Dank an alle Anzuhörenden für die sehr aspektreiche und hörensweite Diskussion. Ich habe noch zwei kurze Fragen, einmal an Herrn Schumacher: Für mich ist die Quintessenz aus dem bisher Gesagten eigentlich, dass die individuelle Belastung der einzelnen Personen sehr stark in den Fokus gerückt werden muss. Und nun hat Herr Haack ja den Vorschlag gemacht, dass man eine sogenannte Wahlmöglichkeit einführen soll, dass man entweder/oder quasi setzt. Nun hat Herr Schumacher aber auch dazu gesagt, dass das nicht dasselbe sei logischerweise, schon begrifflich nicht, ist klar. Aber mich würde trotzdem interessieren, Herr Schumacher, wie stehen Sie denn selber zu einer solchen Wahlmöglichkeit? Hielten Sie das im Sinne einer Beantwortung individueller Belastungssituationen nicht auch für einen gangbaren Weg, dies eventuell zumindest politisch anzudiskutieren? Und die zweite Frage an Herrn Gäfke: Sie haben in Ihrer Stellungnahme davon gesprochen, dass Verbesserungen nicht eingehalten worden seien und Maßnahmen sogar entgegen der Steigerung der Attraktivität der Kriminalpolizei getroffen wurden. Da würde mich interessieren, inwieweit Sie das auch in den Kontext des Arbeitsumfeldes des hier behandelten Themas noch vielleicht stärker beziehen und benennen könnten? – Danke!

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank. – Herr Schumacher.

Christian Schumacher: Danke, Herr Vorsitzender. Zum individuellen Wahlrecht: Das hat der Betroffene schon jetzt. Also er kann sich entscheiden, die 100 Euro zu nehmen und sie danach zu spenden, in die Kaffeekasse der Dienststelle zu machen, wie auch immer. Aber beim Sonderurlaub hat er die Möglichkeit, einen Antrag zu machen auf Sonderurlaub oder eben keinen zu stellen. Das ist seine persönliche Wahloption. Es wird kein Sonderurlaub vorgegeben. Grundsätzlich bin ich natürlich immer dafür, dass Menschen sich selber entscheiden können, was sie wollen oder nicht. Aber wie Sie selber auch schon ausgeführt haben, es sind zwei unterschiedliche Paar Schuhe, die hier nach meiner Auffassung heraus nicht miteinander vermischt werden dürfen.

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Herr Schumacher. – Herr Gäfke zum zweiten Teil der Frage.

Stephan Gäfke: Ja, was die Attraktivität in der Kriminalpolizei angeht, habe ich das Beispiel schon in meinen Ausführungen erwähnt. Da ging es zum Beispiel um die Bezahlung des Bewegungsgeldes, was Kriminalbeamten oder Kriminalbeamtinnen zusteht, wenn sie denn Ermittlungstätigkeit außerhalb der Dienststelle durchführen. Und da gibt es generell die Regel, dass sie pauschal gezahlt wird. Jetzt soll intensiv geprüft werden, ob die 15 Euro pro Monat wirklich für jeden Einzelnen zustehen mit entsprechenden Nachweisen und so weiter. Das ist nur so ein ganz kleines Beispiel, wo man so ein bisschen merkt, wie die politische Wellenlage gerade so ist. Das ist das, was ich dazu ausführen kann.

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Herr Gäfke. Dann schaue ich mal in die Runde. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann bedanke ich mich bei den Sachverständigen und bei den Kolleginnen und Kollegen für die Ausführungen, die gemacht wurden. Und schließe die Sitzung des Innenausschusses.

Ende der Sitzung: 11:05 Uhr



Ad/Au



Ralf Mucha
Vorsitzender